Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 65 (1985)
Heft: 7-8

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare

Westeuropas Rolle in Zentralamerika

Wie kaum ein internationales Ereignis seit dem Vietnamkrieg bilden Nachrichten aus Zentralamerika, insbesondere aus Nicaragua und El Salvador, in verschiedenen westeuropäischen Staaten einen wichtigen Bestandteil der innenpolitischen Debatte. Hilfszusagen oder Kreditkürzungen für das eine oder andere Land werden als Indikatoren für die Links- oder Rechtslastigkeit der eigenen Regierung genommen. Verurteilung beziehungsweise Unterstützung des einen oder anderen zentralamerikanischen Landes in einem internationalen Gremium werden als Glaubensbekenntnis für oder gegen den «Fortschritt» ausgelegt.

Nachdem noch vor wenigen Jahren kaum jemand von Costa Rica, Honduras oder Guatemala Kenntnis genommen hatte, erscheinen nun regelmässig Nachrichten aus dieser Weltgegend selbst in Medien, die sonst nicht für eine umfangreiche Auslandberichterstattung bekannt sind. Politiker und Journalisten, die bis vor kurzem kaum den Namen der Hauptstadt Nicaraguas wussten, treten plötzlich als Kenner Mittelamerikas auf. In Wahlkämpfen in der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich taucht gelegentlich die Gretchenfrage an den Kandidaten auf, wie er es mit der Revolution in Nicaragua halte.

Für dieses im Vergleich zu anderen Regionen der Dritten Welt (Indochina, Golfregion, Äthiopien) aussergewöhnliche Interesse gibt es mehrere Gründe. Im Vordergrund steht, dass die beiden Supermächte in der Region teils selbst, teils durch Stellvertreter aktiv sind, dass die politischen Entwicklungen in Zentralamerika unter ideologischen Vorzeichen gesehen werden, und dass die europäischen Parteienfamilien in diesem Raum befreundete Parteien haben. Schliesslich spielt eine Rolle, dass Zentralamerika für manchen europäischen Politiker ein Thema zu sein scheint, mit Hilfe dessen man sich ohne grosses Risiko zu den Vereinigten Staaten auf Distanz setzen und als «progressiv» profilieren kann.

Verkannte Vielfalt

Bei einem Seminar für europäische Lateinamerika-Korrespondenten in San José beklagte sich Costa Ricas früherer Staatspräsident José Figueres unlängst darüber, dass die restliche Welt die Vielfalt der Kulturen, Staaten und Gesellschaften in Zentralamerika nicht zur Kenntnis nehmen wolle. Selbst solche, die sich als «Experten» verstünden, nähmen sich kaum die Mühe, jedes der zentralamerikanischen Länder als eine selbständige Einheit mit einer eigenen Geschichte zu akzeptieren. Daraus ergäben sich unzulässige Verallgemeinerungen, eine Tendenz, die Geschehnisse in der Region aus einem euro-

zentrischen Blickwinkel zu sehen, und die Verkennung von Rivalitäten zwischen den einzelnen Staaten, die oft weit in die mittelamerikanische Geschichte zurückreichen.

Zusammen haben Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama rund 25 Millionen Einwohner, im Vergleich zum Nachbarn Mexiko mit seinen rund 75 Millionen Bewohnern eine bescheidene Zahl. Die sechs Staaten umfassen zusammen eine Landfläche von fast 500 000 Quadratkilometern, rund zweimal das Staatsgebiet Grossbritanniens. Die gemeinsame Vergangenheit im spanischen Kolonialreich und die daraus resultierende sprachliche und kulturelle Bindung scheinen günstige Voraussetzungen für Stabilität und freundnachbarliche Beziehungen zu bieten.

Diese oberflächlichen Eindrücke enthüllen sich als falsch, sobald auch nur so allgemeine Daten wie Bevölkerungsgrösse und Landfläche näher betrachtet werden. Diese weisen für die einzelnen Staaten auf höchst unterschiedliche Realitäten. Während bei der Bevölkerung die Diskrepanz zwischen dem grössten (Guatemala mit 8 Millionen) und dem kleinsten Staat (Costa Rica mit 2,5 Millionen Einwohnern) noch verhältnismässig gering ist, übertrifft Nicaragua flächenmässig den kleinsten Staat der Region, El Salvador (21 000 km²), nicht weniger als sechsmal. Noch drastischer wird das Missverhältnis bezüglich der Bevölkerungsdichte: für El Salvador ist sie ein Zehnfaches jener Nicaraguas. Nicht zuletzt gilt es auch zu berücksichtigen, dass nicht alle Staaten gleich stark urbanisiert sind, und dass die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung äusserst stark variiert. Während in Guatemala und Honduras die weisse Bevölkerung kaum 5 Prozent ausmacht, sind die Costaricaner zu fast drei Vierteln altspanischer Abstammung.

Politische Unterschiede

Zu diesen Gegensätzen kommen tiefgreifende politische Unterschiede hinzu. Heute haben Costa Rica, Honduras und Panama demokratische Regierungen, die aus freien und fairen Wahlen hervorgegangen sind. Die Regime in El Salvador, Guatemala und Nicaragua sind dagegen das Resultat von Wahlgängen, die weder alle politischen Kräfte des Landes umfassten noch von der internationalen Gemeinschaft, insbesondere auch den demokratischen Parteien des Westens, einhellig als legitim betrachtet werden. Mit Ausnahme von Costa Rica, das 1948 seine Armee abschaffte, kennt keines der mittelamerikanischen Länder eine seit dem Zweiten Weltkrieg ungebrochene Tradition demokratischer Regierung. Honduras hat sich 1981, Panama 1984 der Militärherrschaft durch freie Wahlen entledigt. In Nicaragua hat die nach einem ausgedehnten Guerillakrieg verwirklichte Befreiung des Landes von der Familiendiktatur der Somozas noch nicht zur Errichtung eines freiheitlichen Rechtsstaats geführt. In El Salvador dauert trotz eines – allerdings nur bei eingeschränkter Beteiligung erzielten – Wahlsiegs der gemässigten Kräfte um Präsident Duarte der verlustreiche Krieg zwischen Guerillas, staatlichen Sicherheitskräften

und Terroristengruppen unterschiedlicher politischer Ausrichtung an.

Die Ursachen von Auflehnung und staatlicher Repression sind ebenfalls von Land zu Land verschieden. In Guatemala konzentriert sich die staatliche Unterdrückungsmaschinerie auf die einheimische Indianerbevölkerung. Im Namen der Terroristenbekämpfung werden in diesem am stärksten von indianischer Kultur geprägten Land schon seit Jahren eigentliche Vernichtungsfeldzüge gegen ländliche Siedlungen der Indios geführt, denen vielfach auch Frauen und Kinder zum Opfer fallen. In mancher Hinsicht ist es nicht verfehlt, die Gewalt gegen Guatemalas Indianer als einen Kultur- und Rassenkampf zu bezeichnen. Zudem hat Guatemala unter allen südamerikanischen Nationen einen der trübsten Ausweise von Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen.

Im benachbarten Honduras hat die Rückkehr zu einer gewählten Zivilregierung zu einer erheblichen Verbesserung der Rechtssicherheit geführt. Auch unter dem Militärregime liessen sich die gelegentlichen Missbräuche aber nicht mit dem vergleichen, was sich unter anderen lateinamerikanischen Diktaturen ereignete. Die honduranische Bevölkerung, die noch zu fast zwei Dritteln auf dem Land lebt und die den durch hohe Siedlungsdichte verursachten Druck nicht kennt, wie er in El Salvador spürbar ist, hat traditionell eine geringere Neigung zu Gewalt und Aggressivität gezeigt. Angesichts der Ereignisse im Nachbarland Nicaragua sowie im Hinblick auf die in der Region verschärfte Rivalität der beiden Supermächte hat in Honduras die Armee aber auch nach dem Rücktritt der Generäle von der Regierung einen entscheidenden politischen Einfluss bewahrt. Sollte sich die Konfrontation um Nicaragua weiter verschärfen, und sollten sich die Vereinigten Staaten zu einer ausgedehnteren Nutzung des honduranischen Territoriums zu eigenen militärischen Zwecken entschliessen, so könnte dies die Stellung der Regierung von Präsident Roberto Suazo Cordova noch zusätzlich untergraben.

Der zweite Nachbar Nicaraguas, Costa Rica, mangels eigener Streitkräfte gegenüber Pressionen und Grenzverletzungen seitens Nicaraguas besonders verletzlich, hat mit einer von Präsident Luis Alberto Monge im Jahre 1983 verkündeten «ewigen, aktiven und entmilitarisierten Neutralität» versucht, sich aus den regionalen und überregionalen Streitereien Zentralamerikas herauszuhalten. Für diesen Kurs bringt Costa Rica sowohl gewisse unerlässliche Eigenschaften als auch einige schwerwiegende Nachteile mit. Zu den Positiva ist in erster Linie die innenpolitische Stabilität zu zählen, die nicht zuletzt eine Folge der weitgehenden ethnischen Einheit der Bevölkerung sowie eines für Lateinamerika bemerkenswert grossen mittelständischen Bauerntums ist. Auch hat Costa Rica im Vergleich zu den Nachbarstaaten eine solidere wirtschaftliche Basis sowie eine gut ausgebaute Infrastruktur. Dies alles hat zu einem verhältnismässig hohen politischen Bildungs- und Verantwortungsstand der Nation geführt.

Auf der Negativseite steht, was Präsident Monge unter dem Begriff «entmilitarisierte Neutralität» in einen positiven Wert umzumünzen sucht, die militärische Schwäche Costa Ricas.

Es zeigt sich in dieser Schwäche gerade die Einschränkung des aussenpolitischen Bewegungsspielraums, der europäische Neutrale wie Schweden, Finnland oder die Schweiz durch einen starken Ausbau ihrer Verteidigungskapazität vorbeugen wollen.

Solange das Verhältnis zu den unmittelbaren Nachbarn ungetrübt war, und das geostrategische Interesse der Vereinigten Staaten durch keine Fremdkörper wie die kubanisch-osteuropäische Präsenz in Nicaragua direkt berührt wurde, brauchte das Fehlen einer ausreichenden militärischen Selbstverteidigung die Regierung in Costa Rica nicht zu alarmieren. Präsident Monge hat jedoch sein Neutralitätskonzept zu einem Zeitpunkt verkündet, da Zentralamerika zu einer globalen Krisenzone geworden und über Nicaragua der Ost-West-Konflikt in die Region eingedrungen ist. Eine realistische Bewertung der politischen und militärischen Kräfteverhältnisse muss heute zu drei für Costa Ricas junge Neutralität höchst unerfreulichen Erkenntnissen kommen. Zunächst hat Nicaragua – auch mittels der allgemeinen Wehrpflicht – so stark aufgerüstet, dass sich, selbst abgesehen von der Militärhilfe und personellen Präsenz des Ostblocks, das militärische Kräfteverhältnis zuungunsten Costa Ricas entwickelt hat. Zum zweiten ist mit der Militärhilfe Kubas und Osteuropas in global zwar bescheidenem, für die Kleinstaaten Zentralamerikas jedoch beträchlichem Ausmass das Wettrüsten zwischen Ost und West direkt in die Nachbarschaft Costa Ricas vorgerückt. Und drittens sehen sich die Vereinigten Staaten durch die politischen und militärischen Entwicklungen Nicaraguas herausgefordert. Die unverhohlenen Versuche Washingtons, das Sandinisten-Regime in Managua durch Unterstützung von antisandinistischen Rebellen sowie durch militärische Machtdemonstration in der unmittelbaren Nachbarschaft Nicaraguas zu Fall zu bringen, setzen Costa Rica zusätzlichen Druckversuchen aus. Die alte These, dass ein militärisches Vakuum auf fremde Kräfte anziehend wirkt, könnte sich auch im Falle Costa Ricas bewahrheiten. Beim Besuch in San José braucht es nicht viel Einbildungskraft, um aus einzelnen Beobachtungen den massiven Druck der Vereinigten Staaten auf die costaricanische Regierung zu spüren, die sich in einen amerikanischen «Cordon Sanitaire» um Nicaragua einfügen soll. Mit der Konfrontation in unmittelbarer Nachbarschaft sieht das Konzept der Neutralität erheblich weniger sicher aus, und weder die Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) noch die Vereinten Nationen und noch viel weniger die Initiative von Contadora können den nötigen machtpolitischen Hintergrund für diese Neutralität erbringen.

Transnationale Zusammenarbeit der Guerilla

In den letzten Jahren hat sich in El Salvador immer deutlicher herausgestellt, dass diejenigen, die den Kampf zwischen der Regierung und der Guerilla ausschliesslich als ein Problem der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sahen, den wahren Hintergrund des Konflikts völlig verkannten. El Salvador ist zum einen

das am dichtesten bevölkerte Land der Region und hat zum zweiten eine besonders feudalistische Struktur des Landbesitzes. Längst überfällige, grundlegende Landreformen sind teilweise seit Jahrzehnten hinausgeschoben worden. Solange es nicht zu einer tiefgreifenden Veränderung der Besitzverhältnisse in den ländlichen Regionen El Salvadors kommt, wird das Land nicht zur Ruhe kommen. Weder der Ausbau der eigenen Sicherheitskräfte noch ausländische Unterstützung können diese Reform ersetzen. Die schrittweise Hinwendung zum politischen Zentrum, manifestiert auch in der Wahl des gemässigten Christdemokraten José Napoleon Duarte zum Staatspräsidenten, wird offensichtlich auch von den Entscheidungsträgern im Weissen Haus und im State Department als einziger Weg zur Beilegung des blutigen Konflikts gesehen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass Duarte in seiner Bewegungsfreiheit durch mächtige rechtsextreme Kräfte eingeschränkt ist, doch ist derzeit vordringlich, dass die linke Rebellenbewegung sich verhandlungsbereit zeigt. Vom Führer des FMLN (Farabundo Marti National Liberation Front), Guillermo Ungo, sind entsprechende Signale gegeben worden, doch steht auch er unter dem Druck von extremistischeren Elementen innerhalb der Befreiungsfront. Mit Ausnahme der Extremisten auf beiden Seiten scheint jedermann darin übereinzustimmen, dass eine Beilegung des Konflikts auf militärischem Wege nicht möglich ist, weil sowohl der Regierung wie der Befreiungsbewegung die Mittel zu einem endgültigen militärischen Sieg fehlen.

Im Hinblick auf die Kleinheit der Länder und die Unüberschaubarkeit der Grenzen haben jene nicht Unrecht, die in Zentralamerika alle Guerillabewegungen als eine grenzüberschreitende Macht sehen und deshalb eine rein nationale Lösung dieses Problems für unmöglich erachten. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass El Salvadors Befreiungsbewegung ohne logistische und politische Unterstützung aus Nicaragua weitaus geringere Überlebenschancen hätte. Auf der andern Seite gilt auch aus Managuas Perspektive, dass die «Contras» ohne ihre Basen und Refugien in Honduras und Costa Rica nicht operationsfähig wären. In Gesprächen zwischen den Vereinigten Staaten und Nicaragua taucht – auch mit Blick auf El Salvador – deshalb stets die Forderung auf, dass Managua sich des «Revolutionsexports» enthalten solle. Jüngste Zusicherungen von Präsident Ortega, dass diese Hilfe gestoppt worden sei, sind mit Vorsicht aufzunehmen, auch hier sind verifizierbare Angaben kaum zu erhalten.

Am komplexesten sind die politischen Verhältnisse in Nicaragua. Zunächst ist nochmals in Erinnerung zu rufen, dass der Sturz der Diktatur von General Somoza durch Kräfte aus allen ökonomischen und sozialen Schichten des Landes zustandekam. Zwar war der militärische Kampf der sandinistischen Bewegung zweifellos am augenfälligsten, doch darf nicht übersehen werden, dass der Fall des somozistischen Gewaltregimes erst besiegelt war, als sich sowohl die Kirche als auch wichtige Vertreter und Gruppierungen des Bürgertums und der Unternehmerschaft dem Widerstand anschlossen. In der Substanz handelte

es sich in Nicaragua im wörtlichen Sinne um eine Bürgerrevolution. Dies hat sich auch seit der Machtübernahme durch die Sandinisten wiederholt gezeigt, indem beispielsweise Aktionen gegen die Kirche unter der nichtorganisierten Bevölkerung keinen Rückhalt fanden, ja den Rückhalt der Sandinisten unter den Massen verschiedentlich so nachhaltig erschütterten, dass Übergriffen jeweils rasch Einhalt geboten werden musste. Auch die Tatsache, dass sich bis heute – in ihrer Bewegungsfreiheit zwar stark eingeschränkte – nichtsandinistische Oppositionsgruppen, unter ihnen auch der Unternehmerverband, halten konnten, deutet darauf hin. Am bemerkenswertesten ist jedoch zweifellos das Beispiel der Tageszeitung «La Prensa». Deren Herausgeber, Pedro Joaquin Chamorro, hatte für seine mutige Opposition gegen Somoza mit seinem Leben bezahlt. Als die Sandinisten die ihnen allzu regierungskritische Zeitung, die zunächst von Chamorros Witwe und später von einem seiner Söhne geleitet wurde, mundtot machen wollten, mussten sie nicht nur auf internationalen Druck, sondern vor allem wegen Protesten im Innern von ihrem Vorhaben wiederholt absehen. «La Prensa», oft zensuriert, zeitweise geschlossen und mit allerlei wirtschaftlichen Pressionen konfrontiert, ist nach wie vor die beliebteste Zeitung im Lande.

Seit die Sandinisten die Macht übernommen haben, polarisiert sich die internationale Meinung nicht nur an ihrer Politik, sondern auch an ihren wirklichen oder vermeintlichen Absichten. Die Beurteilung des FSLN reicht vom einen Extrem, das sie als eine pluralistische, sozialistische Bewegung einstuft, bis zu jenen, die zwischen Kuba und Nicaragua keinen Unterschied mehr sehen wollen. Dazwischen siedeln sich jene an, die unterschiedliche Strömungen innerhalb des FSLN auszumachen suchen und die zwischen streng marxistisch-leninistischen «Falken» wie Tomas Borge und eher pluralistischen «Tauben» wie Vizepräsident Sergio Ramires zu unterscheiden pflegen. In jedem Fall ist es gefährlich, aus der Ferne ein Urteil über die internen Stärkeverhältnisse im FSLN zu fällen, ganz abgesehen davon, dass westlich-europäisch geprägte Kategorien in Nicaragua wie auch in mehreren anderen lateinamerikanischen Ländern zur Umschreibung politischer Standorte schlecht geeignet sind.

Der regelmässige Besuch Nicaraguas legt zwei Schlüsse nahe. Zum einen ist der Trend zum ideologisch-politischen Totalitarismus in den Reihen der Regierung wie auch des FSLN unverkennbar. Der Freiheitsraum der Opposition hat sich spürbar verringert. Von Gesprächspartnern in der Regierung wird nicht geleugnet, dass es Zensur gibt, dass die Oppositionsparteien nicht unkontrolliert operieren können, und dass die Kirche politischem Druck ausgesetzt ist. Als Erklärung für diese Entwicklung wird auf die äussere Bedrohung Nicaraguas, insbesondere auf die militärische Unterstützung der «Contras» durch die Vereinigten Staaten, sowie auf die Kollaboration verschiedener Oppositionskräfte mit den Aufständischen und ehemaligen somozistischen Söldnern verwiesen. Auch in europäischen Demokratien, so ein immer wieder vorgebrachtes Argument, habe es in Kriegszeiten im Interesse der natio-

nalen Einheit und Verteidigung Zensur gegeben, und kein Staat könne es dulden, dass die Opposition mit Kräften zusammenarbeite, die zur Gewalt gegen die rechtmässige Obrigkeit aufriefen.

Für einen Aussenstehenden ist es schwierig, abzuschätzen, wie sehr das Feindbild der USA ein vorgeschobenes Argument ist oder ob es einer echten Furcht vor einer militärischen Intervention der Supermacht entspringt. Zum einen muss man zur Kenntnis nehmen, dass das Misstrauen gegenüber den USA, die zweimal direkt in die inneren Angelegenheiten Nicaraguas eingegriffen haben, tief verwurzelt ist. Zum zweiten trägt die gelegentlich überaus aggressive Rhetorik im Weissen Haus und im State Department nicht gerade zur Abkühlung der Gemüter bei. Und zum dritten gibt es in den letzten Jahren eine ganze Reihe direkter oder indirekter militärischer Interventionen der Vereinigten Staaten, die als Beweis für deren feindliche Absichten gegenüber Nicaragua gewertet werden können. Der zweite bleibende Eindruck ist, dass in der Regierung und im FSLN Kräfte am Werk sind, die auf die Errichtung eines marxistisch-totalitären Staates nach sowjetisch-kubanischem Muster hinarbeiten. Dieser Eindruck ist es auch, der dem Argument, Zensur und Druck gegen Opposition und Kirche geschähen nur als temporäre Massnahmen zur Abwehr der nationalen Bedrohung, die Glaubwürdigkeit nimmt. Zweifellos ist es objektiv falsch, Nicaragua kurzerhand mit Kuba gleichzusetzen. Es gibt hier nach wie vor erheblich grössere Freiräume als in irgendeinem Lande des kommunistischen Blocks. Anderseits kann nicht übersehen werden, dass die Sandinisten sich konsequent die totale Konrolle über die wichtigsten Machtinstrumente im Staat zu eigen gemacht haben. Selbst die Armee muss als ein Instrument des FSLN bezeichnet werden, und die unter dem Training von DDR-Experten entstandene Geheimpolizei ist ebenfalls ein williger Arm der Regierungspartei.

Parteipolitik mit Zentralamerika

Anders als im Falle Vietnams erregen sich in Europa die Gemüter über Zentralamerika und insbesondere Nicaragua nicht nur wegen eines Hangs zum Anti-Amerikanismus. Die Tatsache, dass in einzelnen Ländern und vor allem in der Bundesrepublik Deutschland diese Auseinandersetzung vor dem Hintergrund von parteipolitischen Differenzen geführt wird, hat auch damit zu tun, dass die wichtigen demokratischen Parteienfamilien Westeuropas, die Sozialistische Internationale, die Christdemokratische Internationale und die Liberale Welt-Union, in dieser Region Partner haben. Costa Ricas Regierungspartei, der Partido Liberacion Nacional, ist ein Mitglied der Sozialistischen Internationale, Präsident Duarte von El Salvador gehört der Christdemokratischen Internationale an, während sein Gegner Ungo in der SI mitwirkt. In Honduras ist die Liberale Partei an der Macht, und in Panama stellen die Liberalen den Vizepräsidenten sowie mehrere Minister. Schliesslich gehört in Guatemala die Christdemokratie zu den traditionellen politischen Kräften, und

die wichtigste Oppositionspartei innerhalb Nicaraguas, der Partido Liberal Independiente, gehört der Liberalen Welt-Union an.

Schon die Aufzählung dieser Kontakte zeigt, dass in Zentralamerika die Fronten quer durch die demokratische Parteienwelt verlaufen. Dies ist auch der Grund, dass innerhalb der demokratischen Parteienfamilien die Auseinandersetzung um das Geschehen in Zentralamerika und die Rolle der Vereinigten Staaten in diesem Weltteil viel heftiger und grundsätzlicher diskutiert wird, als es bei politischen Ereignissen in anderen Teilen der Dritten Welt der Fall ist. Innerhalb der drei Internationalen herrscht deshalb auch die Meinung vor, dass man in Zusammenarbeit mit den Partnerparteien in der Region eine gewisse politische Verantwortung wahrzunehmen habe. Beim ersten gemeinsamen Treffen der Präsidenten der drei Internationalen, dem Deutschen Willy Brandt von der Sozialistischen Internationalen, dem Chilenen Andres Zaldivar von der Christdemokratischen Internationalen und dem Italiener Giovanni Malagodi von der Liberalen Welt-Union, stand Zentralamerika im Zentrum der Aussprache. Die erste gemeinsame Erklärung nahm auch zu dieser Region Stellung. Ein vor kurzem in Costa Ricas Hauptstadt San José abgehaltenes Kolloquium, an dem auch die erst vor wenigen Jahren gegründete Konservative Internationale, die Internationale Demokratische Union, teilnahm, liess die unterschiedlichen Meinungen zwischen den vier Parteienfamilien deutlich zu Tage treten. Am eindrücklichsten kristallisierten sich die Differenzen, wie zu erwarten war, an Nicaragua. Während der Vertreter der Sozialistischen Internationale, bei der die Sandinisten eine Beobachterstellung einnehmen, das von den Sandinisten geprägte Feindbild der USA vorbehaltlos übernahm, präsentierte sich der Sprecher der Konservativen Internationale, in der die Republikanische Partei der Vereinigten Staaten sowie die Konservative Partei Grossbritanniens eine führende Rolle spielen, als Sprachrohr der amerikanischen «Falken». Christdemokraten und Liberale bewegten sich zwischen diesen beiden Extremen, stimmten in einer zunehmend pessimistischen Beurteilung der Entwicklungen in Nicaragua überein, sahen jedoch nach wie vor eine politische Lösung für die innere Krise Nicaraguas wie auch für die Region insgesamt als möglich und wünschbar an. Während die Konservativen offensichtlich den Glauben an die Contadora-Initiative verloren haben, stehen die anderen drei Internationalen nach wie vor hinter diesem Versuch einer regionalen Konfliktlösung.

Während die Aktivitäten der demokratischen Parteienfamilien auf sich gestellt politisch irrelevant sind, repräsentieren sie doch einen in den letzten Jahren vollzogenen aussenpolitischen Orientierungswandel in Europa. Offenkundig ist Westeuropas Interesse an Zentralamerika beträchtlich gestiegen. Zu diesem Prozess haben die internationalen Parteiengruppierungen, die über ihre zentral- und südamerikanischen Mitglieder an den Geschehnissen in der Region teilnehmen, beigetragen, indem sie die Debatte über Zentralamerika in ihrer Mitte austrugen.

Es ist zu erwarten, dass mit dem Beitritt Spaniens und Portugals zu

den Europäischen Gemeinschaften die Beziehungen der EG zu Lateinamerika eine Aufwertung erfahren werden. So positiv zu bewerten ist, dass Europa sich endlich aus dem traditionellen Blickwinkel Grossbritanniens und Frankreichs, der auf Asien und Afrika gerichtet ist, löst und Lateinamerika, mit dem es von allen Teilen der Dritten Welt politisch und kulturell am meisten gemein hat, wiederentdeckt, so eindringlich ist, vor Fehleinschätzungen auf beiden Seiten des Atlantiks zu warnen. Die Vereinigten Staaten sind und bleiben die dominierende Macht in Amerika. Europa ist weder militärisch noch politisch in der Lage, Initiativen aufrechtzuerhalten, die den Interessen der USA zuwiderlaufen. Gerade die Kleinstaaten in Zentralamerika sollten sich von grosstönenden europäischen Erklärungen und von spanischen Beschwörungen über das gemeinsame Erbe nicht in die Irre führen lassen. Hinter den westeuropäischen Staaten steht weniger Macht denn je. Sie selbst sind vom Wohlwollen der USA, sei es bei der nuklearen Verteidigung Westeuropas, sei es bei der Sicherung wichtiger Rohstoff- und Energienachschubwege, abhängig. Noch so lautstarke Solidaritätsbekundungen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass letztlich alle europäischen Regierungen die wirtschaftliche und militärische Sicherheit des eigenen Landes über alle feierlich beschworene Verbundenheit mit irgendeinem fernliegenden zentralamerikanischen Kleinstaat stellen und es darüber zu keinem Bruderzwist mit der westlichen Führungsmacht kommen lassen werden.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass Europa in Zentralamerika keine nützliche Rolle spielen kann. Zu denken ist insbesondere an Vermittlung und Diplomatie, die ohne grosse Gesten und wortreiche Erklärungen auskommt. Zweifellos hat Europa ein Interesse an einer friedlichen Beilegung der Krise in Zentralamerika. Es kann dazu auch einiges an Erfahrung und Können beitragen, was den erheblich jüngeren Vereinigten Staaten nicht zur Verfügung steht. Sowohl in Washington als auch in den lateinamerikanischen Kapitalen – unter Einschluss Havannas – sollte Europa eine Stimme der Mässigung und der Vernunft sein. In allen zentralamerikanischen Staaten, Nicaragua eingeschlossen, haben einzelne europäische Staaten, einzelne international bekannte europäische Politiker ein grosses Vertrauenskapital. Dies lässt sich indessen in Washington nur sinnvoll einsetzen, wenn in der amerikanischen Öffentlichkeit nicht der Eindruck an Boden gewinnt, das alte «abgetakelte» Europa wolle den internationalen Schulmeister spielen.

Urs Schöttli

Zwischen Grössenwahn und ökologischen Gefährdungen

Spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich in den Weltperipherien die Vorstellung durchgesetzt, dass die «genuine» Identität der jeweiligen Gesellschaft mit dem Prozess einer gelungenen Entwicklung nach metropolitanischem Vorbild zusammenhängt, was vor allem Modernisierung und Industrialisierung bedeutet. Bemerkenswert ist die Tendenz der öffentlichen Meinung der «Dritten Welt», die Problematik der Nebeneffekte von Entwicklung und Fortschritt – ökologische Ungleichgewichte oder Bevölkerungsexplosion – zu vernachlässigen. Dieser Trend scheint auch für Lateinamerika zu gelten. Parallel dazu lässt sich feststellen, dass hier politische Erklärungen der verschiedensten Richtungen in bezug auf demographische und ökologische Probleme eine Ähnlichkeit aufweisen, die kaum zufällig ist. Von einigen wichtigen Ausnahmen abgesehen wird die Relevanz der ökologischen Störungen bagatellisiert, jede Begrenzung des Bevölkerungswachstums als perverse Empfehlung des metropolitanischen Imperialismus angesehen.

Diese Problematik enthält Gefahren für die Entwicklungsperspektiven Lateinamerikas, vor allem wegen der kumulierten Folgen von raschem Bevölkerungswachstums, beschleunigter Inanspruchnahme der natürlichen Ressourcen und wachsender Beeinträchtigung der Ökosysteme.

Unter dem Mantel eines «Autochthonismus» streben die verschiedenen ideologischen Tendenzen ein hohes Niveau an Industrialisierung, einen starken, expansiven Machtstaat sowie einen gehobenen Standard der Massenkonsumtion an. In der Perspektive eines schnellen, umfänglichen sozialen Wandels versucht man, die kulturelle und nationale Identität durch die Vorstellung einer *Wiederbelebung* ureigener Traditionen gerade im Zuge des Modernisierungsprozesses zu retten.

Im arabischen Raum wird oft die Errichtung von Atomreaktoren und Hochöfen als selbstverständliche Fortführung der glorreichen Vergangenheit angesehen: diese Elemente des modernen Lebens müssten als immanente Möglichkeiten der arabischen Zivilisation angesehen werden, deren frühere Verwirklichung nur durch die Machenschaften des europäischen Imperialismus vereitelt worden sei. In Lateinamerika nimmt man meist an, dass eine sozialistische Revolution sowohl das langsame Wachstum als auch die «Deformationen» der Entwicklung beseitigen werde durch die *Wiederherstellung* des «eigenen» und «organischen» Weges zur Vollindustrialisierung.

Die Auswirkungen sind tiefgreifend: das intellektuelle kollektive Bewusstsein in Lateinamerika ist um den materiellen Fortschritt zentriert und erschöpft sich nicht selten in der Ausarbeitung von Ideologien, die im Namen eines prätendierten Autochthonismus und einer angeblichen Sorge um soziale Gerechtigkeit die beschleunigte

Nachahmung der industriellen Zivilisation zu legitimieren versuchen. Daher sind fast alle progressiven Entwicklungsmodelle Lateinamerikas, einschliesslich der kubanischen Revolution, negativ auf die Orientierungswerte der hochindustrialisierten Gesellschaften privatwirtschaftlicher oder staatssozialistischer Observanz fixiert.

Diesem Denkansatz gemäss gilt das Bevölkerungswachstum als «eine notwendige und günstige Voraussetzung» für die Entwicklung aller Gesellschaften, zumal ein schneller Bevölkerungszuwachs für einen positiven Faktor im «antikolonialistischen Erlösungskampf» gehalten wird. Eine hohe Einwohnerzahl sei auch deshalb wünschenswert, weil diese Bevölkerung im Zustand des Elends den *Status quo* um so eher und radikaler in Frage stellen würde.

Parallel zu diesen weitverbreiteten Vorstellungen hat sich die soziale Wahrnehmung der natürlichen Ressourcen entfaltet. Man nimmt gewöhnlich an, dass jedes Land ein bedeutendes Potential an natürlichen Ressourcen besitze, das zur Durchführung ehrgeiziger Projekte der Vollindustrialisierung und der wirtschaftlichen Auffächerung ausreiche. Die Popularität dieser Überzeugung hat sich in eine unerschütterliche Gewissheit verwandelt, die der empirischen Überprüfung nicht bedarf.

In den Programmen der politischen Parteien, in den Verlautbarungen der katholischen Kirche und im Willensbildungsprozess der funktionellen Eliten macht sich eine ähnliche Tendenz zur Subordination der ökologischen und demographischen Problematik unter die Bedürfnisse der beschleunigten Entwicklung zunehmend bemerkbar. Auffallend in all diesen programmatischen Äusserungen ist sowohl die Intensität als auch die Selbstverständlichkeit, mit der die Erreichung des technologisch-ökonomischen Niveaus der metropolitanischen Zentren angestrebt wird, vor der die Unterschiede unter den Parteien als sekundär erscheinen. Zu jenen Gemeinsamkeiten gehört ebenfalls das theoretische Fundament, von dem die dann einsetzende Apologie des raschen Bevölkerungszuwachses und die Beschönigung der ökologischen Krise ihren Ausgang nehmen. Der ehemalige Staatspräsident Venezuelas, *Rafael Caldera,* vertrat die These, Lateinamerika sei ein fast leerer Kontinent, voll von ausgedehnten und vielversprechenden Räumen. Es gelte nun, sie mit den produktionsintensiven Methoden zu erschliessen, die in dichtbesiedelten Regionen so gute Ergebnisse gezeitigt hätten. Deshalb sei die Bevölkerungsexplosion kein wichtiges Problem in Lateinamerika. Der bolivianische christlich-demokratische Parteiführer *Remo Di Natale* hat einen Gemeinplatz des lateinamerikanischen kollektiven Bewusstseins in unmissverständlicher Klarheit dargelegt: Überbevölkerung sei für Lateinamerika nicht einmal eine ferne Bedrohung, denn die Bevölkerungsdichte sei extrem niedrig. Argentinien hätte 300 Millionen Einwohner, wenn es die Bevölkerungsdichte Israels aufwiese. Lateinamerika müsse die Bevölkerungsexplosion «frohlockend» begrüssen, weil der jetzige Horizont Funken von Hoffnung nur für gigantische Länder aufzeige; die erste Voraussetzung, um ein solches Land zu werden, sei, über eine grosse Bevölkerung zu verfügen. Perón hatte sich

«nur» für eine Bevölkerungszahl von 100 Millionen in bezug auf Argentinien ausgesprochen.

Eine Welt trennt diese kollektiven Entwicklungsvorstellungen von den tatsächlichen ökologischen und demographischen Trends im lateinamerikanischen Raum. Während die Weltbevölkerung zwischen 1930 und 1970 um 67 % (und die europäische um 30 %) zunahm, betrug die Wachstumsrate in Lateinamerika 155 %; nach den Prognosen der Vereinten Nationen wird auch Lateinamerika in absehbarer Zukunft die höchste regionale Wachstumsrate der Welt für sich beanspruchen können: etwas über 3 % jährlich. Diese Zuwachsrate ist in den meisten Fällen kein positiver Beitrag zur ausgewogenen Entfaltung der lateinamerikanischen Gesellschaft. Der demographische Druck ist besonders stark in den Ländern des karibischen Raumes und Mittelamerikas, also in Ländern, die bereits eine relativ hohe Bevölkerungsdichte aufweisen, über sehr beschränkte natürliche Ressourcen verfügen und kaum in der Lage sein dürften, die nötig werdenden Arbeitsplätze für eine rasch wachsende Bevölkerung zu schaffen. Ein überdurchschnittlicher Bevölkerungszuwachs macht einen beschleunigten ökonomischen Fortschritt zunichte, weil die jährlichen Neuinvestitionen vorwiegend für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Erzeugung der allernotwendigsten Güter auf dem Gebiet von Ernährung und Wohnungsbau für die zusätzliche Bevölkerungszahl bestimmt werden. Diese verhältnismässig hohe *demographische Investitionsrate* – sie ist unabhängig von der sozioökonomischen Verfassung der jeweiligen Gesellschaft – deutet bereits auf das Entwicklungsmodell hin, das wahrscheinlich in den Ländern mit einem hohen demographischen Druck entstehen wird: ein unter grössten Anstrengungen kaum wachsendes Bruttosozialprodukt, eine durch viele Schwierigkeiten langsam sich erweiternde Wirtschaftsstruktur und ein dauernd überlastetes System öffentlicher Dienste; all dies, um im besten Falle eine sehr bescheidene Erhöhung des Massenkonsums zu erreichen, vor dem Hintergrund einer zunehmenden Verknappung natürlicher Ressourcen, einer wachsenden Umweltverschmutzung und einer abnehmenden Lebensqualität für die künftigen Staatsbürger.

Auch die rapide Verstädterung bringt in Lateinamerika eine bedenkliche Beeinträchtigung der Umwelt mit sich: Tausende von Quadratkilometern von Wiesen, Steppen und Wäldern werden jährlich der Natur entrissen; die Flüsse müssen ein zunehmendes Quantum von Abfallprodukten aller Art verarbeiten, und die städtische Atmosphäre muss jährlich einen kräftigen Zuwachs an giftigen Abgasen hinnehmen. Bei dem schnellen Rhythmus und der chaotischen Weise der Verstädterung steht vielen Lateinamerikanern das Schicksal der Bewohner von Mexico und São Paulo bevor: einer der höchsten Konzentrationswerte der Welt an schädlichen Substanzen in der Luft, eine schwerfällige und dem Zusammenbruch nahe Stadtverwaltung, minderwertige öffentliche Dienste, die schlimmsten Verkehrsprobleme der Neuen Welt und die Verwandlung der Bewohner in Stadtbürger zweiter Klasse: Menschen, die einen guten Teil ihrer Zeit in Transportproblemen vergeuden, die

einem unmenschlichen Lebenstempo unterworfen sind, ihre kumulierten Frustrationen durch Aggressionen loswerden und reine Luft, Kontakt mit der Natur und Ruhe als unerschwinglichen Luxus ansehen.

Ökologische Ungleichgewichte grossen Ausmasses sind auch ausserhalb des städtischen Bereichs an der Tagesordnung. Im Herzen Südamerikas, im Grenzgebiet von Brasilien, Bolivien, Paraguay und Argentinien, erstreckt sich das riesige Gebiet von Chaco und Mato Grosso, eine subtropische Savanne mit Mischwald. Seit einiger Zeit versucht man, diese Region in den Wirtschaftskreislauf der betreffenden Länder zu integrieren, und zwar durch deren Erschliessung für eine intensiv betriebene Landwirtschaft, Viehzucht und die Gewinnung von Holz. Eine merkliche Zunahme der dort ansässigen Bevölkerung, eine anfängliche Abholzung der Wälder und eine Steigerung des allgemeinen Druckes auf das Ökosystem haben in einer relativ kurzen Zeit dazu geführt, dessen Regenerationsfähigkeit ernsthaft zu bedrohen und dadurch klimatische Veränderungen, eine nicht wiedergutzumachende Erosion, die Verbreitung einer wüstenähnlichen Steppe und eine erhebliche Abnahme der Agrarproduktion zu verursachen.

Ein anderes, langfristig relevanteres Beispiel stellt die sogenannte Erschliessung des Amazonas-Gebietes für den Fortschritt dar. Diese Zone umfasst den grössten Regenwald der Erde, der für die Regeneration des atmosphärischen Sauerstoffes auf Weltebene unerlässlich ist. Der tropische Regenwald bildet das verwundbarste Ökosystem: es ist weitgehend regenerationsunfähig, besonders empfindlich auf Einbrüche in dessen Teile, nur als Ganzes zu erhalten und von geringem ökonomischem Nutzen. Die brasilianische Regierung setzt sich seit Jahren intensiv dafür ein, diesem letzten Rest unberührter Natur einen ökonomischen Nutzen zu entreissen durch den Bau eines ausgedehnten Strassenetzes, durch Prospektion auf mineralische Rohstoffe und vor allem durch Rodung und agrarische Nutzbarmachung. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass keine politische Richtung die «Erschliessung» des Amazonas-Gebietes als solche kritisiert hat; die Einwände bezogen sich auf Fragen wie Zurückdrängung der ausländischen Interessen, Militarisierung der Region und Eigentumsordnung. Die Kritik linksorientierter Provenienz erschöpft sich nicht selten in der Bemerkung, die Militärregierung habe sich nicht früh genug um das Gebiet gekümmert und die Erschliessung geschehe nicht mit dem notwendigen Tempo und der wünschenswerten Breite. Die Wahrscheinlichkeit grosser klimatischer Veränderungen, die Entstehung unzähliger ökologischer Ungleichgewichte, die Zerstörung des letzten intakten Natursystems lehnen diese Kritiker mit der Bemerkung ab, es seien irrelevante Ideen utopistischen Charakters.

Die meisten Entwicklungsmodelle gehen implizit von der Annahme aus, dass die ressourcenmässige Ausstattung Lateinamerikas die Entfaltung einer diversifizierten Wirtschaftsordnung in Richtung auf Vollindustrialisierung hin zulässt und dass die Belastbarkeit der Ökosysteme als überaus hoch anzusetzen ist.

Durch mechanistische Vergleiche

mit der Entstehung der ersten Industrie in Westeuropa oder der Bevölkerungsdichte in Israel oder Holland überspringt die jetzt herrschende kollektive Ressourcenwahrnehmung den völlig andersgearteten Zusammenhang von Natur und Gesellschaft im lateinamerikanischen Raum und vor allem die verschiedene Ausgangslage, die sich aus der Existenz riesiger Flächen von Wüste, Bergland, Urwald und Steppe und aus einer verhältnismässig ungünstigen Zusammensetzung der meisten Böden ergibt. Im krassen Gegensatz zu Westeuropa weisen die meisten Böden, die landwirtschaftlich nutzbar sind, eine Humusschicht auf, die im Durchschnitt viel dünner und darüber hinaus erosionsanfälliger, steiniger und regenerationsträger ist als in der Alten Welt. Ausnahmen bilden nur die argentinischen *pampas* und einige Zonen vulkanischen Ursprungs im karibischen Raum, die einen geringen Prozentsatz aller nutzbaren Agrarböden ausmachen.

Mit einiger Sicherheit kann man zu dem Schluss gelangen, dass die kollektive und politisch relevante Wahrnehmung der natürlichen Ressourcen ideologisch verzerrt wird: alle bedeutenden Tendenzen und Parteien des lateinamerikanischen Raumes gehen davon aus, dass der einzig gangbare Entwicklungsweg derjenige der Vollindustrialisierung, des starken Staates und der diversifizierten Wirtschaftsentfaltung ist. Unerlässliche Voraussetzungen dafür sind das Vorhandensein reicher Ressourcen, ein beträchtliches Bevölkerungsvolumen und minimale ökologische Risiken. Spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg sind ältere Inhalte der Nationalidentität durch neue ersetzt worden, welche sich in der beschleunigten Nachahmung metropolitanischer Errungenschaften erschöpfen; eine Ressourcenlage, die diesen Bestrebungen nicht entspricht, darf nicht wahrgenommen werden.

H. C. F. Mansilla

Unberechenbares in Hellas

Der historische Kompromiss fand nicht statt

Kurz vor den Parlamentswahlen vom 2. Juni 1985 machte Ministerpräsident Andreas Papandreou gegenüber der «New York Times» Äusserungen, welche in Griechenland grosses Aufsehen erregten. Erstmals seit seinem Überraschungscoup gegen Konstantinos Karamanlis vom 9. März 1985 erklärte der Präsident der regierenden Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (Pasok), warum er an jenem Tag gegen eine neue Karamanlis-Ära im Präsidialamt Stellung bezog. Laut Papandreou war die Basis der Pasok gegen die Wiederwahl Karamanlis'. Die kommunistische Linke habe die Hoffnung gehegt, er, Papandreou, würde sich für Karamanlis entscheiden und ihr auf diese Weise linke Protestwähler in die Arme treiben. Die

Kandidatur des Richters Christos Sartzetakis sei für die Pasok die einzige politische Lösung gewesen. Eine andere Option hätte für die «Bewegung» den politischen Selbstmord bedeutet[1].

Papandreou unterliess es freilich zu erläutern, warum er seine Option gegen Karamanlis buchstäblich erst im letzten Augenblick bekanntgab. Wiederholt hatte der sozialistische Regierungschef Griechenlands vor dem 9. März erklärt, dass er keinen geeigneteren Kandidaten für das Präsidentenamt kenne als seinen einstigen Widersacher Karamanlis. Während seiner ersten Amtsperiode (1980–1985) habe dieser seine Aufgaben tadellos erfüllt. Zwar liege noch kein formeller Pasok-Beschluss vor, zumal Karamanlis nicht erklärt habe, ob er zur Verfügung stehe oder nicht. Er, Papandreou, sehe aber keinen besseren Mann für das Präsidialamt. Sein persönliches Verhältnis zum Staatschef sei ausgezeichnet[2].

Auf Fragen griechischer und ausländischer Journalisten pflegte Regierungssprecher Dimitris Maroudas die «Gültigkeit» dieser Äusserungen Papandreous zu bekräftigen. In Gesprächen mit Karamanlis, welche in den Wochen vor dem 9. März stattfanden, unterstrich der Pasok-Präsident die Absicht seiner Partei, eine Wiederwahl des damaligen Staatschefs zu unterstützen. Unter anderem geschah dies auch am 22. Februar, als der Präsident der Republik und der Premierminister den Termin der Präsidentenwahl festlegten. Noch am Abend des 8. März, also nur wenige Stunden vor der Sitzung des Zentralkomitees bzw. der Parlamentsfraktion der Pasok (diese beiden Gremien der sozialistischen Regierungspartei hatten den formellen Beschluss darüber zu fassen), liess Papandreou Karamanlis durch einen Emissär wissen, an der Option für Karamanlis werde festgehalten. Trotz gewissen, allerdings geringfügigen Widerständen im Zentralkomitee werde sich dieses mehrheitlich und die Parlamentsfraktion einstimmig für Karamanlis entscheiden.

Sämtliche Morgen- und Mittagszeitungen der hellenischen Hauptstadt enthielten am 9. März noch Berichte und Kommentare, die auf eine Unterstützung Karamanlis' durch die Pasok-Führung schliessen liessen. Der Tenor der meisten gouvernementalen Blätter entsprach dabei etwa demjenigen der regierungsfreundlichen Athener Morgenzeitung «To Vima», deren Herausgeber Bousbourelis seit Monaten nicht müde wurde, die «fruchtbare Kooperation der beiden charismatischen Persönlichkeiten», Karamanlis und Papandreou, hervorzuheben. Gouvernementale Zeitungskommentatoren erklärten an jenem denkwürdigen Tag ihren Lesern, warum die Pasok-Option für Karamanlis richtig sei. Eine neue Ära bahne sich an, welche auf einer «politischen Zwillingslösung» beruhe. Mit den Zwillingen meinten die Artikelschreiber die Dioskuren des griechischen politischen Lebens, eben den «strengen Makedonier» und den feurigen Visionär der sozialistischen Umgestaltung des Landes. Der hellenische «historische Kompromiss» schien sich zu verwirklichen.

Doch dann platzte plötzlich die Bombe: Die staatlich kontrollierten elektronischen Massenmedien verbreiteten am Mittag des 9. März die Nachricht, dass von sämtlichen Mit-

gliedern des Pasok-Zentralkomitees der Vorschlag Ministerpräsident Papandreous angenommen worden sei, nicht Karamanlis, sondern den Richter Christos Sartzetakis als Kandidaten für das Präsidentenamt zu nominieren. Die am Abend desselben Tages zusammengetretene Pasok-Parlamentsfraktion, welche auf Grund der Parteistatuten an die Weisungen des Zentralkomitees gebunden ist, bestätigte – laut offizieller Mitteilung «ebenfalls einstimmig» – diesen Beschluss. Zentralkomitee und Parlamentsfraktion leiteten zudem sofort ein Verfahren betreffend die Revision jener Vorschriften der Verfassung ein, in welchen bestimmte zum Teil einschneidende, aber mit dem Prinzip der Volkssouveränität kompatible Kompetenzen des Staatschefs verankert waren. Im Jahr 1975 und eine gewisse Zeit danach hatte die Pasok als Oppositionspartei zwar die betreffenden Befugnisse des Präsidenten der Republik, die sie allzu stark simplifizierend «Superkompetenzen» nannte, scharf kritisiert. Doch später geriet diese Kritik in Vergessenheit. In der Periode vor seinem Wahlsieg vom 18. Oktober 1981 bis zum 8. März 1985 warf Papandreou die Frage einer Verfassungsreform nie auf. Dazu hatte er schon deshalb keine Veranlassung, weil Karamanlis klug genug war, von den «Superkompetenzen» nicht Gebrauch zu machen.

«Levantinischer» Wortbruch

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass der Überraschungscoup Papandreous vom 9. März einen eindeutigen Wortbruch gegenüber Karamanlis darstellte. Und dieser Wortbruch sucht seinesgleichen selbst in der Geschichte «levantinischer» Partei-Intrigen. Hätten sich Papandreou und seine «Bewegung» von Anfang an offen für eine Anti-Karamanlis-Lösung in der Präsidentenfrage entschieden, so hätte kein Mensch in Hellas daran Anstoss genommen. Die Pasok setzt sich nun einmal weitgehend aus Politikern und Anhängern zusammen, die ideologisch-politisch in mancher Hinsicht anders denken als Karamanlis. Nicht wenige Pasok-Leute sehen ausserdem im «strengen Makedonier» nach wie vor den einstigen ERE-Ministerpräsidenten, der in den Jahren 1955–1963 bei linksgerichteten und zentristisch eingestellten Griechen nicht gerade populär war. Aber selbst wenn Papandreou – allerdings mit reichlicher Verspätung –, vor seiner Kehrtwende vom 9. März Karamanlis darüber informiert hätte, hätte man für die Rücksichtnahme des Pasok-Präsidenten auf die Parteibasis ein gewisses Verständnis aufbringen können. Der sozialistische Regierungschef Griechenlands, der allzu gerne laut von der Vision einer «besseren Welt» redet, fand es jedoch nicht einmal nötig, Karamanlis zumindest kurz vor seinem Referat an der entscheidenden Sitzung des Zentralkomitees über seinen von ihrer Vereinbarung abweichenden Entschluss zu orientieren. Davon erfuhr der Präsident der Republik, der gerade in jener Woche seinen 78. Geburtstag hatte feiern können, vom Radio.

Seine Reaktion entsprach sowohl der Situation als auch seinem von Stolz geprägten Charakter. In einem gleichentags veröffentlichten offiziellen Communiqué legte der Staatschef

auf die Feststellung Gewicht, dass er sich nie um das Präsidentenamt für eine weitere Amtsperiode bemüht habe. Vielmehr habe er Bedenken gehegt, ob er einen allfälligen Vorschlag der zwei grossen Parteien annehmen solle. Pasok-Präsident Andreas Papandreou und der Führer der rechtsoppositionellen Nea Dimokratia, Kostas Mitsotakis, hätten ihm aber den Wunsch ihrer Parteien mitgeteilt, ihn als Kandidaten vorzuschlagen. Der Regierungschef habe sich dabei sogar vorgedrängt. Nach dem Beschluss der Pasok-Führung habe sich nun die Frage einer weiteren Amtsperiode für ihn, Karamanlis, von selbst erledigt. Indirekt, aber dennoch deutlich machte Karamanlis Papandreou den Vorwurf, sein Wort gebrochen zu haben. Auf diesen Vorwurf wollte der Premierminister am 9. März nicht eingehen. Ausweichend erklärte Papandreou, es sei zurzeit nicht angebracht, die Äusserung des Präsidenten der Republik zu kommentieren. Auch zirka drei Monate später ging der Pasok-Präsident im Rahmen seiner Erklärungen gegenüber der «New York Times» der Frage aus dem Wege, warum er bei Karamanlis falsche Erwartungen hat aufkommen lassen bzw. warum er ihn über die Kehrtwende nicht orientiert hat.

War Papandreous Wortbruch gegenüber Karamanlis nur Ausdruck jener Unberechenbarkeit, die für den Werdegang des mit wechselvoller Rhetorik und sprunghaften Praktiken agierenden Pasok-Führers so bezeichnend ist? Oder steckte dahinter auch listige Berechnung? Manches spricht dafür, dass Karamanlis zumindest im letzten Stadium der Entwicklungen von Papandreou irregeführt worden ist. Eine gewisse Mentalreservation muss auf der Seite des Ministerpräsidenten bereits in der Zeit vorhanden gewesen sein, als er Karamanlis seine Anerkennung für die «tadellose Ausübung des Präsidialamtes» zollte. Schon damals war Papandreous Haltung zu einem grossen Teil durch taktische Überlegungen bedingt. Der Pasok-Präsident fürchtete eine offene Auseinandersetzung mit dem Staatschef, der nicht nur über die oben erwähnten verfassungsrechtlichen Prärogativen (Auflösung des Parlamentes, Durchführung von Plebisziten, aufschiebendes Veto gegenüber der Legislative, Leitung der Ministerratssitzungen, Einberufung des sogenannten Rates der Republik u. a.) verfügte, sondern auch über eine grosse persönliche Autorität. Das verbale Werben des sozialistischen Premiers um den in einer anderen ideologisch-politischen Welt beheimateten Staatschef entsprach daher weitgehend einem machtpolitischen Kalkül, d. h. der Erkenntnis, dass der «gefährlichere» Gegner eigentlich im Präsidentenpalast und nicht in den Büroräumen der Führung der Nea Dimokratia sass. Die Mentalreservation muss sich im Lauf der Zeit zumindest zu einem dolus eventualis verdichtet haben. Der «gefährlichere» Gegner sollte nicht nur, wie bisher, durch Lob und Anerkennung «neutralisiert», sondern ganz einfach ausgeschaltet werden.

In den Gedankengängen Papandreous spielte dabei wohl auch die Befürchtung eine Rolle, dass Karamanlis in einer zweiten Amtsperiode von seinen «Superkompetenzen» Gebrauch machen könnte. Nach einer Wiederwahl wäre der eigenwillige Nordgrieche in mancher Hinsicht in einer

stärkeren Position gewesen als zuvor. Er hätte sich darauf berufen können, dass er mit den Stimmen der beiden grossen politischen Parteien des Landes wiedergewählt wurde. Da eine dritte Amtsperiode schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht mehr in Frage gekommen wäre, wäre Karamanlis zudem gegenüber der Pasok-Parlamentsfraktion und Papandreou unabhängiger gewesen. Die Befürchtung Papandreous war insofern nicht ganz begründet, als Karamanlis stets behutsam operiert und eine Konfrontation nach Möglichkeit zu vermeiden versucht. Doch im Falle einer parteipolitischen Konstellation, welche für die Regierungsstabilität keine Gewähr böte, hätte Karamanlis, wenn auch wider Willen, von seinen verfassungsrechtlichen Prärogativen Gebrauch machen müssen. In den Wochen und Monaten vor dem 9. März hatte die in der hellenischen Kapitale erscheinende linke satirisch-politische Wochenzeitung «To Pontiki» («Die Maus») Andreas Papandreou vor dieser «Gefahr» wiederholt gewarnt. Ins gleiche Horn blies auch das Athener Boulevardblatt «Avriani», eine Mittagszeitung, deren Verkaufspreis um zwei Drittel niedriger ist als der übliche in Hellas und die auch in Aufmachung und Inhalt als billig qualifiziert werden muss. Die «Avriani» zog fast täglich gegen Karamanlis los und bedachte den Präsidenten der Republik mit Anklagen oder Beschimpfungen übelster Art.

Die «Avriani» tanzte damals aus der Reihe der gouvernementalen Presse, die sich, wie erwähnt, mit dem Gedanken einer neuen Karamanlis-Ära mehr oder weniger befreundet oder zumindest abgefunden hatte. «To Pontiki» wiederum verfolgt ohnehin einen Kurs, der nicht immer als Pasok-konform bezeichnet werden kann. Nicht selten vertritt dieses satirisch-politische Wochenblatt linksradikale Ansichten, die sich von denjenigen der Kommunisten nicht wesentlich unterscheiden. Beide Presseerzeugnisse (die «Avriani» und «To Pontiki») schienen aber trotz aller Polemik gegen Karamanlis zu jener Zeit kaum an eine Kehrtwende Papandreous zu glauben. Der Pasok-Präsident liess all jene Pasok-freundlichen Journalisten im Stich, die – sich auf seine früheren Äusserungen stützend – eine «glanzvolle Zwillingslösung» prognostizierten, und schwenkte abrupt auf die «To Pontiki»- bzw. «Avriani»-Linie ein. Nicht zu Unrecht lässt das billige Boulevardblatt unter seinem Titel mit roten Lettern die triumphierende Selbstqualifikation drucken: «Die Zeitung, welche den Karamanlismus gestürzt hat». Nach dem 9. März wurde das griechische politische Vokabular um ein Wort «reicher». Es hat sich der Terminus «Avrianismos» (= «Avrianismus») eingebürgert, die Bezeichnung für ein Phänomen, das erfreulicherweise selbst in besonnenen Kreisen des kommunistischen und sozialistischen Lagers auf Kritik stösst.

Rücksicht auf die Kommunisten

Im Rahmen seiner eingangs erwähnten Äusserungen gegenüber der «New York Times» war Papandreou bemüht, die in verschiedenen politischen Analysen dargelegte These zu widerlegen, er habe durch seine Kehrtwende vom 9. März den linken Flügel seiner «Bewegung» beschwichtigen wollen. Diese Deutung sei verfehlt, sagte der

Pasok-Präsident und setzte in der Folge den Akzent auf den Widerstand der Basis und auf die Gefahr der Abwanderung von Protestwählern nach links. Wer die Verhältnisse gut kennt, kommt zum Schluss, dass Papandreou sowohl auf den linken Flügel seiner «Bewegung» als auch auf die Parteibasis überhaupt Rücksicht nahm. Der «Antikaramanlismus» erfasst Kreise bald linker, bald zentristischer Provenienz. Eine klare Trennungslinie lässt sich nicht ziehen. Insofern kann man die Differenzierung, welche Papandreou gegenüber der «New York Times» machte (oder gemacht haben soll), nicht uneingeschränkt akzeptieren. Es kann anderseits als ziemlich sicher betrachtet werden, dass der sozialistische Regierungschef Griechenlands seine «Bewegung», auch deren linken Flügel, alles in allem fest in der Hand hat. Gegenüber der «Weltwoche» machte Papandreou folgende interessante Erklärung: «Die Pasok-Partei war gegen die Wiederwahl von Karamanlis und hätte sie nur mir zuliebe hingenommen.» [3] Diese Äusserung entspricht der Sachlage.

Die Pasok ist eine trotz scheinbar demokratischen innerparteilichen Prozeduren personalistisch-paternalistisch aufgebaute politische Formation. Sie steht und fällt mit der Person des «charismatischen Führers», der seine Entscheidungen im stillen Kämmerlein, allenfalls mit ein paar Vertrauten, trifft. Am 9. März gingen fast alle Mitglieder des Zentralkomitees an die «historische Sitzung» über die Präsidentenwahl, in der Meinung, es werde für Karamalis votiert. Nur rund zehn ZK-Mitglieder (unter ihnen auch der Abgeordnete Tassos Intzes, der später die Pasok verliess, um mit den moskautreuen Kommunisten gemeinsame Sache zu machen) waren entschlossen, gegen Karamanlis Stellung zu beziehen. Dieser Sachverhalt wurde dem Verfasser dieser Zeilen auch seitens Tassos Intzes' wenige Tage nach dem 9. März bestätigt. Seinem «charismatischen Führer» zuliebe hätte das Zentralkomitee zweifelsohne eine Karamanlis-Option akzeptiert. Und die allermeisten ZK-Mitglieder hätten Papandreou stürmischen Applaus gespendet – nach dem hinlänglich bekannten und immer wieder praktizierten Prinzip der kritiklosen Akklamation. In der Pasok ist politisch richtig, was der «Protagonist des grossen sozialen Wandels» beschliesst.

Beim Überraschungscoup Papandreous, der spätestens in den Tagen vor dem 9. März hat vorbereitet und in die Wege geleitet werden müssen (Agamemnon Koutsogiorgas, ein enger Vertrauter des Pasok-Präsidenten, soll sich in jener Woche mit Christos Sartzetakis getroffen und ihn über den Plan orientiert haben), fiel wohl nicht zuletzt auch die Opposition der «orthodoxen» Kommunisten ins Gewicht. Die von Generalsekretär Charilaos Florakis angeführte moskautreue KP Griechenlands (KKE) war von Anfang an, wie sie betonte, aus grundsätzlichen Überlegungen gegen eine weitere Amtsperiode Karamanlis'. Florakis, dessen persönliches Verhältnis zum «strengen Makedonier» nicht schlecht war, unterstrich wiederholt, dass sich die Parole seiner Partei nicht gegen die Person von Karamanlis richte. Dieser habe sich als Faktor der Stabilität bewährt, aber eben als Bewahrer des herrschenden Systems. Vor dem Beschluss des Pasok-Zentralkomitees hatte die KKE angekündigt,

dass sie für die Präsidentenwahl einen eigenen Kandidaten aufstellen werde, um dem «faulen Kompromiss» der beiden «Giganten», der Pasok und der Nea Dimokratia, zu begegnen. Im 300köpfigen Parlament, das den Staatschef wählt, verfügte die KKE damals zwar lediglich über 12 eigene Parlamentarier und einen mit ihr verbündeten Abgeordneten. Doch die Argumentation der KKE-Kommunisten fand über die Grenzen der eigenen Partei hinaus Widerhall. Dies um so mehr, als die Ablehnung einer neuen Karamanlis-Ära mit dem Postulat einer Verfassungsreform zwecks Schaffung eines «antimonopolistischen» Grundgesetzes verknüpft wurde.

Die Haltung der «Inlandskommunisten» unterschied sich hier von derjenigen der KKE nicht wesentlich. Das Zentralkomitee der europäisch orientierten KP des Inlands (KKEes) hatte in einem fast einstimmig gefassten Beschluss gegen eine Wiederwahl Karamanlis' Stellung bezogen. Auch die KKEes, welche Karamanlis immerhin attestierte, während seiner ersten Amtsperiode von seinen «Superkompetenzen» nicht Gebrauch gemacht zu haben, verband diese Stellungnahme mit der Hervorhebung der Notwendigkeit einer Revision der Verfassung. Dem Staatsoberhaupt warf das Zentralkomitee der «unorthodoxen» Kommunisten vor, bei der Gestaltung des politischen Lebens auf der Basis eines Zweiparteiensystems (Pasok, Nea Dimokratia) entscheidend mitgewirkt und somit die Linke an die Wand gedrückt zu haben. Die KKEes war zu jener Zeit im nationalen Parlament überhaupt nicht vertreten. Im Europaparlament verfügt sie lediglich über einen Sitz. Trotzdem bildet sie insofern keine Quantité négligeable, als sie bei der Intelligenz Griechenlands über eine nicht zu unterschätzende Ausstrahlungskraft verfügt.

Durch seinen Coup vom 9. März wollte Papandreou offensichtlich den Kommunisten beider Richtungen den Wind aus den Segeln nehmen. Die zwei kommunistischen Parteien gingen in ihrer Strategie davon aus, die Pasok-Führung habe sich für die Karamanlis-Lösung entschieden. Durch die Kehrtwende des Pasok-Präsidenten wurden sie genau so überrascht wie der «strenge Makedonier» selber. Und der Überraschungscoup war sowohl gegen diesen als auch gegen jene gerichtet. Nur dass Papandreou, wie schon oft in früheren Stadien der Entwicklung, die kommunistische Linke an die Wand zu drücken versuchte, indem er ihre Argumentation weitgehend übernahm. Seine Rücksichtnahme auf die Kritik der beiden kommunistischen Parteien war gleichzeitig eine Gegenoffensive, die sich dann bei den Parlamentswahlen vom 2. Juni auszahlte. Durch die Nominierung des Richters Christos Sartzetakis für das Präsidentenamt brüskierte der Pasok-Führer Karamanlis bedenkenlos. Sartzetakis war Untersuchungsrichter in der Affäre der Ermordung des linksgerichteten Abgeordneten Grigoris Lambrakis in Saloniki im Jahre 1963 und hatte damals den Bemühungen rechtsextremistischer Kreise um eine Vertuschung der Angelegenheit mutig Widerstand geleistet. In Hellas regierte zu jener Zeit Karamanlis. Er war durch die Aktivität eines politisch kontraproduktiven, rechtsextremistisch orientierten Antikommunismus, dessen Verfechter oft

hinter dem Rücken des Ministerpräsidenten handelten, sowie durch die Machenschaften der Krone stark handikapiert. Als Lambrakis ermordet wurde, rief Karamanlis empört aus: «Wer regiert eigentlich in diesem Land?» Auf dem Hintergrund dieser Vorgeschichte hatte die Nominierung Sartzetakis' einen weitgehend gegen Karamanlis gerichteten Symbolwert. Der seinerzeitige Untersuchungsrichter sollte als Staatsoberhaupt auch, ja, in erster Linie, die Funktion eines Mahnmals erfüllen, d. h. an die «verdammte Rechte» der ersten Regierungszeit Karamanlis' erinnern. Grigoris Lambrakis war in jenen turbulenten Jahren zur Symbolfigur der kommunistischen Linken geworden. Wie hätten nun die Kommunisten gegen die Kandidatur Sartzetakis' Stellung beziehen können? Papandreous Schachzug war sehr raffiniert. Er war Öffnung und tödliche Umarmung zugleich.

Die Kommunisten – vor allem diejenigen «orthodoxer» Prägung – reagierten auf den Schachzug Papandreous zögernd und zum Teil ungeschickt. Als am 10. März Karamanlis, dessen Amtsperiode am 15. Mai 1985 abgelaufen wäre, mit der Begründung vorzeitig demissionierte, er könne die sich anbahnenden Entwicklungen nicht mittragen, und in der Folge das Prozedere für die Wahl des neuen Staatschefs stattfand, fungierte die KKE im Grunde als Stütze Papandreous. Sie machte sowohl bei der Einleitung der Verfassungsreform als auch bei der Wahl Sartzetakis' mit, ohne ihre Unterstützung von irgendwelchen Bedingungen abhängig zu machen. Das ist um so merkwürdiger, als die Pasok trotz ihrem seinerzeitigen Wahlversprechen betreffend Einführung des einfachen Proporzes während der ersten Legislaturperiode ein Gesetz verabschieden liess, das starke Majorzelemente aufweist und die grösste politische Formation zulasten der kleineren Parteien in hohem Masse begünstigt. Wie die Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 2. Juni zeigten, war dieses Gesetz ganz und gar auf die Wahlbedürfnisse der Pasok zugeschnitten. Trotzdem wurde es auch von der Nea Dimokratia akzeptiert, in der nicht in Erfüllung gegangenen Hoffnung, die Rechtsopposition werde aus den Wahlen als stärkste Partei hervorgehen und in den Genuss der Privilegierung des Wahlsystems kommen. Die KKE polemisierte zwar gegen das «räuberische Wahlsystem», welches den Kommunisten Stimmen wegnehme, um sie einem der beiden «Giganten» zu geben. Doch diese Polemik war insofern theoretisch, als sie nicht die Form einer Verweigerung der Unterstützung der Verfassungsreform und Sartzetakis' im Fall der Nichteinführung des einfachen Proporzes annahm. In der Periode vom 9. März bis zur Auflösung des Parlamentes brachte die KKE-Führung also, aus welchen Gründen auch immer, nicht ihren Trumpf ins Spiel, der darin bestand, dass ohne die Unterstützung der moskaufreundlichen Kommunisten im Abgeordnetenhaus Papandreou nicht imstande gewesen wäre, «seinen» Staatschef wählen zu lassen und «seine» Verfassungsreform einzuleiten.

Ein Wahlkampf von tiefem Niveau

Nach zwei erfolglosen Runden am 17. und am 23. März machte Sartzetakis

am 29. März das Rennen. Der von der Pasok portierte und von der KKE bedingungslos mitunterstützte einzige Kandidat vereinigte in dem für die Wahl zuständigen 300köpfigen Parlament 180 Stimmen auf sich, also genau das beim dritten Wahlgang erforderliche Minimum. Unter den für Sartzetakis abgegebenen Stimmen befand sich allerdings auch diejenige des Pasok-Politikers Jannis Alevras, der nach Ansicht der meisten Verfassungsrechtler – beispielsweise auch des angesehenen linksgerichteten Rechtsprofessors Aristovoulos Manessis – wegen seiner Eigenschaft als Interimsstaatschef nicht hätte stimmen dürfen. Vor allem aber wurde während der Wahl seitens der Pasok das in der Verfassung verankerte Prinzip der geheimen Abstimmung durch die Verwendung verschiedenfarbiger Stimmzettel und durch andere Manipulationen zur Überwachung der Abgeordneten arg verletzt. Christos Sartzetakis, der seinerzeitige integre Untersuchungsrichter in der Lambrakis-Affäre, verpasste nach diesen Manipulationen die Chance, seine Wahl nicht anzunehmen und damit seinen guten Ruf zu bestätigen. Aber auch die KKE-Führung verpasste, wie der linksgerichtete Journalist Giorgos Votsis richtig feststellte, die Chance, sich von den verfassungswidrigen Praktiken der Pasok eindeutig zu distanzieren. KKE-Generalsekretär Florakis war über diese «Dekadenzerscheinungen des bürgerlichen Parlamentarismus» offenbar froh.

In jenen turbulenten Wochen erkannten zahlreiche, zu einem grossen Teil im Lager des hellenischen Eurokommunismus beheimatete oder mit diesem sympathisierende Linksintellektuelle erfreulicherweise das Gebot der Stunde. In einer eindeutigen öffentlichen Erklärung brandmarkten sie die Arroganz der Macht der Pasok und signalisierten die daraus resultierenden Gefahren für die griechische Demokratie. Die Unterzeichner der Erklärung schienen ausserdem realisiert zu haben, dass die Verfassungsreform trotz ihrem verbal antiautoritären Charakter unter den gegebenen Umständen eigentlich auf eine Stärkung der alles andere als demokratisch aufgebauten «Bewegung» Andreas Papandreous hinausläuft. Die KKEes-Führung allerdings war eher bestrebt, diese grossenteils aus dem eigenen Lager kommenden freien Stimmen zu unterbinden. Das ängstliche Bemühen, ja nicht als «Rechtsabweichler» abgestempelt zu werden, war im hellenischen kommunistischen Lager stets virulent, und es ist es heute noch. Nichtsdestoweniger schien das allgemeine politische Klima für die Anti-Pasok-Kräfte günstig zu sein. Es war von der Bildung einer «Pandemokratischen Sammlung» die Rede, von einem Schulterschluss aller sich für die demokratische Ordnung und die Verfassungsmässigkeit einsetzenden Politiker ungeachtet ideologischer Meinungsverschiedenheiten. Und von dieser Atmosphäre schien auch die Nea Dimokratia zu profitieren, welche in ihren Segeln eine frische Brise verspürte. Mancher dachte an ein Comeback von Karamanlis, an eine Reaktivierung des von Papandreou gedemütigten «weisen Staatsmanns» zur «Rettung der Nation». Viele waren davon überzeugt, dass Papandreou am 9. März den «schwersten Fehler seiner politischen Laufbahn» begangen habe. «Wen Gott vernichten will», sagten sie

euphorisch, «den schlägt er mit Blindheit.»

Diese Euphorie im Anti-Pasok-Lager dauerte zum Teil auch während des Wahlkampfes an, der in gespannter, ja hitziger Atmosphäre ausgetragen wurde. Der «Avrianismos» war dabei im Pasok-Lager an der Tagesordnung. Der Führer der Nea Dimokratia, Kostas Mitsotakis, der von den Nazis wegen seiner Widerstandstätigkeit gegen die Okkupationsarmee auf Kreta zweimal zum Tode verurteilt worden war und nur im Zuge eines Gefangenenaustausches hatte gerettet werden können, wurde gestützt auf «Enthüllungen» der «Avriani» als «Freund der SS» verleumdet. «Selbstverständlich» wurde ihm auch die «Apostasie» vom Sommer 1965 angekreidet. Dieses oder jenes neodemokratische Blatt wiederum reagierte darauf mit Tiefschlägen gegen Papandreou. Die Kommunisten führten den Wahlkampf im allgemeinen anständig. Ihre Kritik nahm beide «Giganten» ins Visier. Doch es war offensichtlich, dass sie – und vor allem diejenige der «orthodoxen» KKE-Führer – darauf ausgerichtet war, die Position der Pasok im zukünftigen Parlament zu schwächen. Die KKE machte kein Hehl daraus, dass ihr Wahlziel darin bestand, die Pasok der Möglichkeit zu berauben, eine «Regierung aus eigener Kraft» zu bilden. Die «orthodoxe» KP Griechenlands sah sich als Zünglein an der Waage im neuen Parlament. Florakis hätte in einem solchen Fall Papandreou seine Bedingungen für ein «Kabinett aller progressiven Kräfte» und für einen «Kurs der wirklichen sozialen Änderung» diktieren können.

In bezug auf das Niveau war dies der schlimmste Wahlkampf, den die nach dem Zusammenbruch der Militärjunta im Sommer 1974 errichtete griechische Demokratie erlebt hat. Die persönliche Verunglimpfung ersetzte oft das Argument. Die Programme traten letzten Endes in den Hintergrund, obschon die Nea Dimokratia den Versuch unternahm, durch eine Reihe von wirtschaftspolitischen Vorschlägen mehr oder weniger «neoliberaler» Prägung der parteipolitischen Auseinandersetzung eine ideologische Dimension zu geben. Die Pasok ging einer sachlichen Diskussion über die sozioökonomischen Probleme (Arbeitslosigkeit, Inflation, Rezession im industriellen Sektor usw.) im allgemeinen aus dem Weg, indem sie die griechische, zum Teil aber auch die ausländische Rechte (etwa die britische Premierministerin Thatcher) dämonisierte. Von der Aussenpolitik war, wenn überhaupt, nur am Rande und dann im Stile der Schwarzweissmalerei die Rede. Die von der Pasok kontrollierten elektronischen Massenmedien erlaubten sich noch am letzten Tag des Wahlkampfs Manipulationen zugunsten der Regierungspartei. Dabei muss in Betracht gezogen werden, dass die Landbevölkerung in Griechenland ihre Informationen hauptsächlich, ja in bestimmten Gegenden ausschliesslich, vom Radio und vom Fernsehen bezieht.

«Weder Marx noch Karamanlis»?

Die Euphorie im Anti-Pasok-Lager erwies sich als ungerechtfertigt. Aus den Wahlen ging die Pasok als eindeutige Siegerin hervor. Mit rund 46 % der Stimmen vermochte sie 161

Sitze zu erobern und sich die absolute Mehrheit im 300köpfigen Parlament erneut zu sichern. Gewiss, der Stimmenanteil der «Bewegung» Papandreous war im Vergleich zu den Ergebnissen der Parlamentswahlen vom 18. Oktober 1981[4] rund 2 % geringer, und die Pasok-Parlamentsfraktion ist nun um 11 Sitze kleiner. Hingegen vermochte die Nea Dimokratia ihren Stimmenanteil von rund 36 % auf rund 41 % und ihre Sitze von 115 auf 126 zu vergrössern. Das ändert aber nichts daran, dass der neue Ministerpräsident Griechenlands der alte ist und dass Papandreou, wenn es nicht zu Dissidenzen oder gar Spaltungen kommt, aus eigener Kraft regieren kann. Die KKE wurde nicht zum Zünglein an der Waage. Ihr Stimmenanteil ging zurück und ihre Fraktionsstärke sank von 13 auf 12 Sitze, wobei nicht einmal alle Fraktionsmitglieder Parteifunktionäre sind. Unter ihnen figurieren auch zwei «kooperierende Sozialisten». Die KKEes hingegen hatte insofern einen Erfolg zu verbuchen, als sie nun mit einem Abgeordneten ins Parlament einziehen konnte.

Massgeschneidertes Wahlsystem, politische Monokultur in den elektronischen Massenmedien, Dschungel im griechischen Informationswesen[5], Popularität der Pasok in ländlichen Gegenden wegen verschiedener Leistungen mit Geldern der – in der seinerzeitigen Sicht Papandreous – monopolkapitalistischen EG, Verteufelung der Rechten mit historischen Reminiszenzen, Unsicherheiten in der Nea Dimokratia in Fragen der Wahlstrategie (z. B. in der Handhabung der Affäre Sartzetakis), Auswirkung alter Sünden, Fehler und Unterlassungen des Rechtslagers, persönliche Ausstrahlungskraft des Volksführers und -verführers Papandreou und psychologische Einschüchterung der Kommunisten dürften die Hauptgründe für den Wahlsieg Papandreous sein. Letzterer Faktor, nämlich die Tatsache, dass viele linksradikal orientierte Bürger, vor allem solche der älteren Generation, entgegen der Weisung der beiden kommunistischen Parteien für die Pasok gestimmt haben, um eine Rückkehr der «verdammten Rechten» an die Macht zu verhindern, scheint dabei eine besonders gewichtige Rolle gespielt zu haben. Im Rahmen dieses Trends hat sich wohl, so bedenklich das auch sein mag, auch der Überraschungscoup vom 9. März gegen Karamanlis für die Pasok positiv ausgewirkt. Der listige Odysseus scheint im heutigen Hellas beliebter zu sein, als es mancher Athener Intellektuelle wahrhaben will.

Gegenüber der «New York Times» hatte sich Papandreou kurz vor den Parlamentswahlen zuversichtlich gegeben. In kühler Berechnung prognostizierte er beinahe die für ihn positive Auswirkung seines Coups gegen Karamanlis. Und der Pasok-Führer, der sich früher nicht selten auf einen undogmatischen Marxismus als Methode der Analyse zu berufen pflegte, entsann sich plötzlich, wohl im Bestreben, die öffentliche Meinung jenseits des Atlantiks zu beschwichtigen, der «romantischen Sozialisten» Saint-Simon und Fourier, denen er gegenüber Marx den Vorzug gebe. In gewissem Sinne ist Papandreou auch ein Romantiker. Doch seine Visionen verbindet er immer wieder mit machtpolitischem Kalkül. Als die «New York Times» die Äusserungen Papan-

dreous veröffentlichte, gab sie die Pasok-freundliche Athener Mittagszeitung «Eleftherotypia» in griechischer Übersetzung unter der Schlagzeile wieder: «Weder Marx noch Karamanlis.» Weder Marx noch Karamanlis? Letzteres trifft wohl heute zu. Der «historische Kompromiss» fand nicht statt. Papandreou zog es vor, den Weg zur Alleinherrschaft einzuschlagen. Doch bei der Ausschaltung Karamanlis' benützte er trotz seiner «Hinwendung zu den romantischen Sozialisten» die Marxisten. Er benützte sie bei der Wahl Sartzetakis'. Und er warb um sie auch bei den Parlamentswahlen vom 2. Juni 1985. In diesem Sinne könnte man also genau so gut sagen: Mit Marx gegen Karamanlis.

Die Äusserungen Papandreous über die «romantischen Sozialisten» haben erneut bestätigt, dass die Pasok keine verbindliche politische Doktrin hat. Sie operiert je nach den Bedürfnissen des Augenblicks bald mit marxistischen oder neomarxistischen, bald mit «vormarxistischen» sozialistischen Losungen. Sie verbindet ihren Sozialismus mit patriotischem oder gar nationalistischem «Enthusiasmus». Sie wechselt bedenkenlos von einem Modell zum anderen, von diesem Slogan zu jenem. Je vager die Doktrin, desto grösser der machtpolitische Raum. Und das findet in Hellas ein breites Echo, mag die Pasok gemäss den Ergebnissen der letzten Wahlen auch «nur» eine Minderheit von 46 % der Wähler hinter sich haben. Wie hat es doch der Privatmann Karamanlis kurz vor dem Wahlsonntag vom 2. Juni in seinem lakonischen Statement gesagt? «Nun befindet sich das Land bereits in einer Periode der Verwirrung und der Unsicherheit.» Der Appell des ehemaligen Präsidenten der Republik an das Volk, «einen guten Gebrauch des Stimmrechtes zu machen», vermochte allerdings diese Verwirrung nicht zu bekämpfen. Der «strenge Makedonier» scheint denn auch mehr mit Blick auf den zukünftigen Historiker als auf den heutigen Griechen gesprochen zu haben.

Pavlos Tzermias

[1] Vgl. auch «Weltwoche» vom 30. Mai 1985. – [2] Vgl. Pavlos Tzermias, Griechenlands Zweigestirn, Historischer Kompromiss oder Konfrontation zwischen Karamanlis und Papandreou?, «Schweizer Monatshefte», Januar 1985. – [3] Siehe Anm. 1. – [4] Vgl. Pavlos Tzermias, Anatomie eines Sieges, «Schweizer Monatshefte», Dezember 1981. – [5] Vgl. Pavlos Tzermias, Brief aus Athen: Im Dschungel der Information, «Schweizer Monatshefte», September 1984.

«Unsere DDR»

Hineingeboren in den «Sozialismuss»

Witze sind eine Art eiserner Reserve im Gemütshaushalt der DDR-Bevölkerung. Sie lassen die Mühsal des Alltags leichter ertragen und relativieren die Allmacht der Staatsorgane; sie öffnen die tägliche Faust in der Tasche

und lösen Befangenheiten beim verhaltenen Umgang miteinander. Antwort auf die Frage nach den drei grössten Ländern der Erde mit dem Anfangsbuchstaben U: *«Die UdSSR, die USA und Unsere DDR.»*

«Unsere DDR»: Wie sehr ist sie noch kenntlich denen, die sie aufbauten, zukunftsgläubig oder mürrisch sich den Verhältnissen fügend, über die oft genug der Witz hilfreich hinweghalf. Zum Seismographen wurden immer wieder die Schattierungen der Volksstimmung, die verfehlen konnte, wer die DDR nicht kontinuierlich besuchte und beobachtete. Sie spiegelte, das dogmatische Mediengemälde des Westens fortwährend dementierend, in ihren Schwankungen das unwägbare Alltagsleben, wo die Beschlüsse des Politbüros anders ankommen, als wir sie im *«Neuen Deutschland»* lesen.

Diese Stimmung allerdings ist seit längerem resignativ. Der Befund lässt sich ablesen an den beiden vergangenen Republik-Jubiläen. War der 30. Jahrestag der DDR-Gründung im Jahre 1979 noch selbstbewusste Demonstration einer passablen Bilanz – politisch international hoffähig geworden, erwies sich der Arbeiter- und Bauernstaat auch ökonomisch noch leidlich stabil –, so lief bereits die Kampagne zum 35. Jahrestag quälend leer, und zum eigentlichen Datum, im Oktober 1984, war Berlin eine belagerte und bewachte Stadt. Die Obrigkeit reagiert mit Angst auf die Gleichgültigkeit eines vermeintlichen Staatsvolkes, Misstrauen regiert die realsozialistische Stunde.

Die Verheissungen, die sich mit den Ideen der marxistischen (Ur-)Grossväter verbanden, sind im alltäglichen, real existierenden Sozialismus des «Lagers» immer mehr verblasst und inzwischen zuschanden gegangen. In der DDR zumal, wo Marx und Engels – biographisch-geographisch eher der BRD und dem kapitalistischen England zugehörig – in der vereinnahmenden Umarmung beinahe erstickt wurden, haben sich die vom eigenen System ausgelösten Frustrationen schon seit Jahren an der Gleichgültigkeitsgrenze eingependelt, letzte Hoffnungen werden immer mal wieder begraben. Die nach dem Wechsel von Ulbricht zu Honecker formierte bescheidene Konsumgesellschaft kämpft mit systemimmanenten (Versorgungs-)Schwierigkeiten, die durch die allgemeine, konvergierende Krise, vom Öl zur Umwelt, vom Dollar zur Nach- und Vorrüstung, von Afghanistan bis Polen, noch verschärft werden.

Dem real existierenden Sozialismus ist die Zukunftshoffnung abhandengekommen, der verheissenen Utopie hat es die Stimme verschlagen. Honeckers Konsum-Kurs hat in die Sackgasse der kleinen, teuren Exquisit- und Delikat-Läden geführt, Künstler und Intellektuelle haben sich scharenweise von dieser Republik abgewandt, sich in die innere Emigration zurückgezogen oder das Land verlassen, ihre Tabus nun im westlichen Mutter-(sprach)land brechend.

Aus Machterhaltungstrieb und purem Überlebenswillen wurde die West-Devise zum Dreh- und Angelpunkt eines Parteiregimes, das seine von den Mühen der sozialistischen Talsohle gestressten, fast aller bürgerlichen Privilegien auf Kosten sozialistischer Errungenschaften verlustig gegangenen «Bürger» nicht mehr durch Über-

zeugung zu regieren versucht, sondern durch Einschüchterung und Observierung sich botmässig macht. Die Unbotmässigkeit wird, gegen harte Währung, westwärts ausgebürgert. Wo Walter Ulbricht mit seiner «sozialistischen Menschengemeinschaft» ehedem noch Respekt erzwang, schlägt Erich Honecker heute in seiner von Opportunismus und Korruption zusammengehaltenen Klassengesellschaft offener Hohn entgegen.

Wie eine gleichsam sekundäre Realität werfen die offiziellen Medien ihren Agitationsschatten über die herrschenden Zu-, Um- und Missstände. An die primäre Realität ist kaum, und auch dann nur sporadisch und zufällig, heranzukommen, werden Informationen darüber doch zur Geheimsache erklärt, ihre Sammlung und Weitergabe kriminalisiert. Da werden dann manchmal merkwürdige Umwege eingeschlagen, um sich doch noch der Wirklichkeit zu nähern, Wahrheiten aufzudecken um der Wahrheit wegen, die ganz nicht zu haben ist. Etwa, indem man sich einer leicht entschlüsselbaren Geheimsprache bedient, wie es der Lyriker Uwe Kolbe tat.

Wirklichkeit und Realismus

«Hineingeboren» war der Titel seines ersten Gedichtbandes, und sein Debüt war in der Ödnis der DDR-Literatur nach dem Biermann-Aderlass ziemlich spektakulär: *«Siehe, da ist ein Dichter!»* hatte ihn der im DDR-Jubiläumsjahr verstorbene Franz Fühmann gefeiert und angemerkt: *«Dieser Zwanzigjährige gibt ein Beispiel, dass einer, trotz beengter Erfahrung, sein Lebensgefühl so ausdrücken kann, dass sich Wesenszüge seiner Zeit drin zeigen ...»* Schwer genug werde er es noch haben, aber er mache es sich ja auch schwer, *«denn leichter geht's nicht»*.

«1957 geboren, ohne äussere Biographie, lebt zurzeit als freiberuflicher Schriftsteller in Berlin.» Mit dieser lakonisch formulierten Notiz hatte sich Uwe Kolbe in einer «Bestandsaufnahme» von über 70 Debütanten der DDR-Literatur zwischen 1976 und 1980 vorgestellt und dazu einen Text geliefert, der, entschlüsselt man seine Botschaft, ein Affront ist. In fünf Abschnitten reiht er unter der Überschrift *«Kern meines Romans»* scheinbar willkürlich-wahllos Wort an Wort, die eine Aura, aber keinen Satz bilden. Sätze ergeben sich freilich aus den Anfangsbuchstaben der fünf Worthaufen mit Beschimpfungs-, Beschreibungs- und Beschwichtigungsvokabeln, diesen Kern herausschälend: *«Eure Masse sind elend – Euren Forderungen genügen Schleimer – Eure ehemals blutige Fahne bläht sich träge zum Bauch – Eurem Heldentum den Opfern widme ich einen Orgasmus – Euch mächtige Greise zerfetze die tägliche Revolution.»* Er wird es noch schwer genug haben, dieser aufsässige Dichter, aber leichter geht es wohl nicht in der DDR.

Das Debütanten-Bändchen wurde bald nicht mehr verkauft, in Bibliotheken nicht mehr ausgeliehen. Es verbarg noch andere Geheimnisse, die so leicht nicht zu lüften waren. Eine Autorin vermerkte etwa in ihrer Vita nach dem Berliner Philosophie-Studium *«Arbeit auf einer Baustelle als Betonwerkshelfer»* und stellte sich mit dem Bekenntnisgedicht *«Ihr Worte»*

vor: *«Mit euch / worauf liess ich mich ein, / in den Wind jede Mahnung schlagend, / aus dem Spiel, / wo in die Taschen ich stopfte, / im Vorbeigehn euch mir, / von diesem Trödlerkarrn des / alltäglichen Redegewirrs, zu Haus / euch dann putzte und rieb, bis ihr funkeltet / seltsam / anrühret mir allen Sinn – / was wurde daraus! da ich euch schlug dann / wie Feuerstein, / und nun in der Hand halten muss diese / Fackel, es ausleuchten muss – / ohne Gnade, das / Dasein, / wie seine Netze es durch uns reisst, / das einst ich voll Süsse glaubte.»* Nur intime Kenner der DDR-Kulturpolitik verstanden den flehenden Unterton, wussten, dass hier Erfahrung sich niedergeschlagen hatte.

Gabriele Eckart, so der Name der Autorin, war im Jahre 1980 «Kulturarbeiter» im Zentralen Jugendobjekt «Havelobst» in Werder bei Potsdam. Dort hat sie Gespräche protokolliert, die auch als Buch herauskommen sollten. Doch die Partei dankte für die aufschlussreichen Informationen und konfiszierte das Manuskript: Solche Wirklichkeitsnähe verträgt sich nicht mit ihrem Realismus-Begriff. Auch der Versuch, die Herausgabe der Protokolle über den teilweisen Vorabdruck in einer literarischen Revue mit Minimalauflage doch noch zu erreichen, scheiterte (nicht zuletzt wegen des westlichen Medienrummels, den dieser auslöste). Sie sind inzwischen unter dem Titel *«So sehe ick die Sache»* in einem bundesdeutschen Verlag erschienen.

Imke, 17, ist Lehrling für industriemässige Apfelproduktion, und eine aufgeweckte junge Frau, die aus dem Beruf heraus will, noch ehe sie ihn gelernt hat. Sie erzählt: *«Bei uns im Internat herrschen ganz blöde Erziehungsnormen, da geht's immer nur: Wenn ihr das nicht macht, Brief an die Eltern, da wird Entsprechendes reingeschrieben! Und was nicht alles STRENG VERBOTEN ist. Zum Beispiel in die Kirche gehen. Ist doch jetzt 'ne Modefrage. Die FDJ ist selber daran schuld, bietet uns nichts ausser bisschen Tanz. Die Kirche ist der einzige Ort, wo man seinen Geist bisschen anstrengen kann ... ich war in der Bibelstunde. Darf keiner wissen, bin ja FDJ-Sekretär. Aber ich will mich weiterbilden, weesste? Wer das nicht versteht, tut mir leid. Die denken dort einfach so vollkommen anders. Na ja, ist eigentlich verrückt, Glaube? Da darfste nicht fragen: Wieso? und Warum? Aber es ist was anderes und nicht mit soviel Zwang verbunden, soviel Organisiertheit und Unpersönlichkeit. Und* freundlich *ist's da ... ist das einzige Wort, was mir dafür einfällt. Als ich zum ersten Mal dort war, dachte ich: Häh? und hab die angekiekt. Die reden mich einfach so an. Mensch, man kriegt fast ein schlechtes Gewissen, wenn die Leute man zu einem freundlich sind. Ist das nicht schlimm?»*

Imke, die Eltern sind offenbar Genossen, Vater Technologe, Mutter Lehrerin, möchte später einmal Erzieherin im Internat werden *(«Obwohl, mein Freund sagt, viele von denen haben die Nase voll»)*. Sie fährt fort: *«Unser Erzieher, Herr H., sagt immer bloss: DAS IST EIN SOZIALISTISCHES INTERNAT. HIER WERDET IHR ZU SOZIALISTISCHEN PERSÖNLICHKEITEN HERANGEZOGEN. Das ist uns total hohl. Und weiter weiss der nischt. Ich hab ihn mal in einer FDJ-Versamm-*

lung, wo's um Rüstung ging, gefragt: Aber wenn die SU Waffen nach Iran verkauft, verdient die daran nichts? Er konnte mir keine Antwort geben, erzählte nur nach, was er irgendwo mal gehört hat. Du spürst, er steht nicht dahinter.» Imke, das unvermischte DDR-Produkt, hat ein Selbstbewusstsein, das bei einem gleichaltrigen Lehrling in der Bundesrepublik so kaum vorstellbar wäre. Ihr Motto: *«Du musst Leute haben, die neunzigprozentig zu dir stehen, und welche, die neunzigprozentig gegen dich sind, wenn du was aus dir machen willst.»*

So ähnlich hätten sich auch Edith und Stupsi äussern können, zwei Mädchen und junge Frauen einer Obertrikotagenfabrik in Wittstock, einer brandenburgischen Kleinstadt. Der DDR-Dokumentarist Volker Koepp hat zehn Jahre lang den Prozess verfolgt, wie Textil-Lehrlinge zu Arbeiterinnen werden, Frauen sich für die mittlere Leitungsebene qualifizieren. Nach mehreren kürzeren Dokumentationen hat er dieses Projekt mit einem abendfüllenden Dokumentarfilm abgeschlossen: «Leben in Wittstock.» Die Filmleute gewannen das Vertrauen einiger Frauen, zeigten ihre erkämpften Fortschritte, aber auch ihre tiefgehenden Enttäuschungen vor – machten ihre Konflikte öffentlich. Sie assoziieren und reflektieren optisch über ein Stück DDR-Realität, dringen dabei in den (Arbeits-)Alltag vor und lassen zumindest ahnen, wie subversiv es dabei zugeht. Aufsässig stossen die bewussteren und selbstbewussteren Frauen sich wund an den Widrigkeiten der DDR-Ökonomie (ein Textilwerk wird gleichsam aus dem Boden gestampft, Hunderte Mädchen, die zumeist ganz andere Berufswünsche hatten, werden rigide ausgebildet, lustlos arbeiten sie hart an der Qualitätsgrenze und unter den Bedingungen notorischen Wohnungsmangels), bis sie sich endlich resignirend in die unzulänglichen Verhältnisse (und Ehen) schicken. Sogar die (Ost-)*«Berliner Zeitung»* staunte, wie hier ohne Schönfärberei gezeigt wird, *«wieviel der Weg der Veränderung gekostet hat, wie man Frische, Anspruch, jugendlichen den Grund gehen. Und werden die Schwung einbüssen kann im konfliktreichen Werden und Wachsen eines neuen Textilbetriebes in der märkischen Streusandbüchse».* Der Film, von manchem Funktionär mit Zensurblick beäugt, bekam auf dem Leipziger Dokumentarfilm-Festival einen Preis und wird in DDR-Kinos gezeigt.

Folgeerscheinungen

An Auskünfte über DDR-Lebensverhältnisse und DDR-Lebensgefühl gelangt man oft nur auf solch entlegenen Wegen. Auch die Lokalteile der Provinzpresse können eine unerschöpfliche Quelle sein oder sogar anspruchsvolle literarische Zeitschriften wie *«Sinn und Form»,* wo auch Protokolle Gabriele Eckarts gedruckt wurden und jüngst solche *«Notizen»* (von Horst Drescher): *«Genaugenommen werden die Intellektuellen dafür bezahlt, dass sie den Dingen auf den Grund gehen; oder sie werden dafür bezahlt, dass sie den Dingen nicht auf Geldgeber schon ärgerlich, wenn die, die den Dingen auf den Grund gehen sollen, den Dingen nicht auf den Grund gehen, so werden sie erst recht*

ärgerlich, wenn die, die den Dingen nicht auf den Grund gehen sollen, den Dingen auf den Grund gehen.» (Gründe und Abgründe.) Oder: *«Unsere Gesellschaftsordnung redet gern über die Folgeerscheinungen permanenten Alkoholkonsums, aber über permanenten Alkoholkonsum als Folgeerscheinung redet unsere Gesellschaftsordnung nur ungern.» (Erscheinungen und Folgeerscheinungen.)* Oder schliesslich: *«Man kann übrigens den Strick auch Faden für Faden um den Hals gelegt bekommen. Und auf gleiche Weise kann man sich aus dieser Todesgefahr befreien. Übrigens.» (Methoden.)* Doch auf der Suche nach dem DDR-Volksvermögen kann auch das Programmheft zu einer Theateraufführung zur Quelle werden.

Im thüringischen Erfurt, der DDR-Blumenstadt, gab es 1982 ein frühes Brecht-Stück, den *«Baal»*, als DDR-Erstaufführung. Ein Berliner Team hatte im Schutz der Provinz den genialen Wurf, vor dem der späte Brecht warnte (ihm fehle Weisheit) mit dem Erfurter Ensemble erarbeitet und dem Publikum ein aufregend-unkonventionelles Leseheft zusammengestellt. Darin ist auch eine Umfrage enthalten, die unter Schülern einer 6. Klasse, unter Zwölfjährigen also, gemacht wurde. *«Was verstehst du persönlich unter Glück?»* und *«Was verstehst du persönlich unter deiner Zukunft?»* lauten die Fragen, die Antworten folgen der Rechtschreibung der Kinder.

Glück ist ...

Sie lesen sich etwa so: *«Ich meihne Glük Für mich ist Glük wenn ich gute noten bringe und wenn ich Lobe griege. Ich stelle mihr vor das ich balt in einin Elkawe sitze und fahre durch alle sozialistischen Länder.»* Oder: *«Glück ist, dass ich nicht da geboren bin, wo es den Kindern schlecht geht.»* Oder: *«Unter Glück stelle ich mir vor, wenn man bei der Arbeit viel Geld verdient und viel verreisen kann.»*

Gewiss, da setzt sich auch immer mal wieder das Klischee durch, da versteht eine Sabine unter Glück, *«in Frieden und Sozialismuss leben zu können»*, da macht sich auch kleinbürgerliche Ideologie breit und das Glück im Winkel plustert sich auf – die harmonische Familie *(«dass meine Eltern sich nicht scheiden lassen»* – bei den bekannten DDR-Quoten ein verständlicher Kinderwunsch) und der Gewinn im Telelotto, der wiedergefundene Schlüssel und das neue Fahrrad zu Weihnachten sind bereits erfüllte Sehnsüchte. Aber es kann auch sehr handfest zugehen: *«Glück ist das Gegenteil von Pech. Zum Beispiel wenn mich grosse vergloppen wollen und ich lebend oder mit heiler Haut dafon komme.»* Oder ein Ausschnitt aus der Realität des gewöhnlichen Sozialismus: *«Glück ist wenn man in die Kaufhalle geht und unterwegs ein 5 Mark Stück findet, wenn man Tomatenketchup in der Kaufhalle grigt oder wenn man an die Bushaltestelle geht und es kommt gleich ein Bus.»* Glück aber ist auch, *«wenn mein Vati mit dem Auto keinen Unfall baut, wenn in unserem Garten keiner Äpfel klaut und Sträucher herausreisst, wenn unsere Laube ausgeliefert wird.»* Und endlich ein kleiner DDR-Grüner: *«Das ich auf den Dorf schlafen darf. Mit mein Freund Axel spielen darf oder Fahrrad fahren.»*

Die Auspizien für die Zukunft lesen sich freilich weniger fröhlich: *«Nach dem Ehrendienst in der NVA möchte ich eine Familie gründen und glücklich leben.»* Autos, die *«680 Sachen fahren»*, stellt sich einer vor, aber auch: *«Habe selber eine Familie, eine Wohnung und freche Kinder. Helfe meinen Kindern, wo ich kann. Unterstütze den Haushalt. Es werden aber auch viele Hagen im Leben sein, die ich zu beweltigen habe.»* Und immer wieder der Wunsch nach der Familie, nach einem Beruf, einer schönen Wohnung, einem Mann, der gut verdient. *«Ich werde in einigen Jahren arbeiten gehen und ein schönes Leben führen»*, schreibt kurz und bündig Nicole, und Daniela, die sich mit Bett, Schrank und Tisch begnügen würde, meint: *«Keine Hektik, sondern Ruhe und Gelassenheit, dass ist das was ich mir wünsche»* – ein Gegenbild offenbar zur Wirklichkeit, die sie erlebt. Und den *«Sozialismuss»*, wenn schon, dann möchte man mit ihm lieber auf dem Dorfe leben.

Weniger ein Gegenbild als verlängerte Realität malt ein unschuldiger Thomas aus, in einem Lande, in dem Orwells *«1984»* auch nach dem ominösen Jahr noch auf dem Index steht: *«Hoch Modern. Maschinen würden für die Arbeiter eingesetzt. Die Autos immer schneller und hochentwickelter. Jeden Tag Verkehrsstaus weil es zu viele Autos gibt. Die meisten Menschen würden im Wolkenkratzer wohnen. Das essen würde aus Automaten kommen. Die Züge würden bis zu 100 km/h fahren. Die Schulen wären so hoch wie jetz der 17 Geschosser hoch ist da hätten 3 schulen drin Platz und in jedem Klassenraum ein Fernseher der das Wiederholt vom vergangenen Tag der Schüler würde in Mahte mit Taschenrechner arbeiten und keine 5 mehr schreiben. Es würde keine Tafel mehr geben, alle Aufgaben gibt ein Computer. Die Lehrer würden nur dasitzen und den Computer vollspeichern. Der Direktor würde in einem grossen Raum sitzen und überall würden die Fernseher stehen die beobachten wie die Schüler arbeiten. Ja so stell ich mir die Zukunft vor.»* Derselbe Junge hält Glück für *»etwas ganz natürliches»*, denn *«jeder hat schon einmal Glück gehabt»*.

Lebensläufe

Jeder hat schon einmal Glück gehabt: Das ist nun beileibe kein DDR-spezifischer Satz, und auch andere spontan formulierte Sehnsüchte sind von Erfurt ganz gut wegzudenken, nach Goslar etwa oder Osnabrück oder Freiburg. Es bedarf keiner Phantasie, um sich vorzustellen, dass auch hierzulande Halbwüchsige das Glück mit *«viel Geld»* und *«oft Reisen»* identifizieren. Es ist allein der Stellenwert, den solche Definitionen und Wünsche im sozialen Gefüge einer Gesellschaft haben, und natürlich ist die Abwesenheit indoktrinierter Botschaften im DDR-Kindermund bereits ein Politikum. Oder, wenn sich Glück auf die Chance reduziert, in der Kaufhalle an Ketchup zu kommen.

«Wenn man in der Schule nicht lernen tut, kann einem auch der Sozialismus nicht helfen», sagt ein gewitzter Elfjähriger in einem Film, über den die *«Frankfurter Allgemeine»* nach der Aufführung bei der Berlinale '82 schrieb: *«Bessere Informa-*

tionen über die Wirklichkeit im anderen Teil Deutschlands wird man schwerlich erhalten können.» Der vierstündige Dokumentarfilm «Lebensläufe» ist eine filmische Langzeitstudie ohne Parallele. In neun Porträts werden DDR-Biographien aufgeblättert, beginnend 1961 im Abc-Schützen-Alter und endend mit Aufnahmen aus dem Jahre 1979, als die realsozialistische Republik 30 wurde: Die Kinder aus Golzow, einem Dorf im Oderbruch, entpuppten sich da bereits als Mittzwanziger, berufstätig vom Tapezierer und Zimmermann über die Geflügelzüchterin und Bauzeichnerin zum Chemiefacharbeiter und Studenten der Informatik – alle DDR-Nachwuchs aus eigenem Saft, keine Vorzeigefiguren oder gar «positive Helden» eines banalen sozialistischen Realismus.

«Sozialismus und Menschen in unserer Zeit darstellen, das kann nicht nur so geschehen, dass man die Spitze vorweist oder sich mit Schlusslichtern beschäftigt. Auch die absolute Normalität, das ganz Unsensationelle, spricht für uns.» Soweit Winfried Junge, der Regisseur von *«Lebensläufe»*, einem Ausnahme-Film, in dessen Szenen und Bildern dichte, komplizierte DDR-Wirklichkeit transportiert wird. Einem Film allerdings auch, in dem die Domestizierung von Kindern, deren Wachheit und Unbändigkeit als Disziplinlosigkeit erscheint, zu angepassten Erwachsenen mit abgebrochener gesellschaftlicher Perspektive dokumentarisch und authentisch nachgezeichnet wird – ein Entwicklungsprozess, der auch im ostfriesischen oder schwäbischen Dorf nicht prinzipiell anders verläuft.

Das Aufsehen, das dieser Film im Osten wie im Westen machte – das ARD-Fernsehen hat ihn an zwei Abenden im Ersten Programm gezeigt –, gibt Auskunft über jenes Spektakulum «Normalität», das es weder in der offiziellen DDR-Propaganda noch im Grauschleier westlicher Gegenpropaganda gibt.

Aber sie alle, die DDR-Kinder, sind hineingeboren in einen Staat, der sich abschottet, der Öffentlichkeit als lebendiges, kontroverses Mit- und Gegeneinander nicht kennt und in dem etwa die Demoskopie zur Hilfswissenschaft der «Firma», des Staatssicherheitsdienstes also, verkommen ist. Und wo zutrifft: *«Die Regierung hört nur ihre eigene Stimme, sie weiss, dass sie nur ihre eigene Stimme hört und fixiert sich dennoch in der Täuschung, die Volksstimme zu hören, und verlangt ebenso vom Volke, dass es sich diese Täuschung fixiere.»* Das Zitat ist von Karl Marx.

Heinz Klunker

Die Romantisierung der Welt

Zu einer Ausstellung im Kunsthaus Zürich

> Der Parnass ist ein Montserrat, der viele Ansiedelungen, in mancherlei Etagen erlaubt; ein jeder gehe hin, versuche sich, und er wird eine Stätte finden, sei es auf Gipfeln oder in Winkeln. *Goethe*

Vor einem Jahr ist in Stuttgart die Neue Staatsgalerie eröffnet worden. Der Architekt ist der Engländer James Stirling. Zur Bauidee erklärt er folgendes: *«Das Museum soll aussen und innen als solches zu erkennen sein.»* Museen sind ein Bewahrungsort für Werke aus längst verflossener und jüngst verflossener Zeit; ein Ort, wo Gegenwärtiges gezeigt wird, das binnen kurzem ebenfalls der Vergangenheit zugehört. Jedes Kunstwerk trägt Zeichen seiner Epoche. Der Gang durch Museumsräume ist daher immer auch eine Wanderung durch die Zeiten. Diese Tatsache müsse, fordert Stirling, die architektonische Gestaltung nicht nur bestimmen, sondern ausdrücklich betonen. Es soll hier nicht erörtert werden, ob diese Überlegung richtig oder falsch ist. Der Bau sei einzig als Hieroglyphe traditionsbewusster Gegenwart betrachtet.

Aussen- und Innenansichten der Neuen Staatsgalerie und der integrierten Nebengebäude manifestieren das Zusammenspiel von Zitaten der Monumental-Architektur aller Epochen, von der ägyptischen bis zur heutigen. Aus der kaum übersehbaren Vielfalt greife ich heraus: die zentrale Rotunde und das hohe lanzettartige Fenster einer Stirnfront. Zu «Rotunde» assoziieren wir spontan: Antike, Klassik, Klassizismus; zu «lanzettartiges Fenster»: Mittelalter, Gotik. Ohne die Stichworte «klassische Antike» und «gotisches Mittelalter» ist die deutsche Romantik, d. h. die Zeit vom Ende des 18. Jahrhunderts bis ins erste Drittel des 19. Jahrhunderts nicht zu beschreiben; das geistige Leben war von der Spannung dieses Gegensatzes geprägt. Diese kulturgeschichtliche Umbruchszeit wird in der *Sommerausstellung des Zürcher Kunsthauses* dokumentiert anhand der Werkübersicht von drei bildenden Künstlern. – *Caspar David Friedrich* (1774–1840), *Karl Friedrich Schinkel* (1781–1841), *Carl Blechen* (1798–1840). – In vorläufiger Vereinfachung ist festzuhalten: zu C. D. Friedrich sind die Epitheta gotisch und christlich zu setzen. Schinkel gilt als Klassizist. Mit Blechen verbindet sich ein weiterer Begriff, der Realismus. Zu Schinkel, Architekt und Maler, muss ergänzt werden, dass sein Schaffen sowohl auf der Antike und der italienischen Renaissance als auf dem altdeutschen Mittelalter basiert.

Die schöpferisch tätigen Menschen jener Generation, die in den siebziger Jahren vor der vorletzten Jahrhundertwende geboren wurden und in den vierziger Jahren danach gestorben sind, inspirierten sich an längst vergangenen und in sich abgeschlossenen Epochen. Ich komme zurück auf un-

sern Zeitgenossen James Stirling. Sein Stuttgarter Museumsbau ist eine Komposition von Architekturzitaten. Er veranlasst uns noch und noch zum Sprung über die Zeiten. In Berlin ist vor hundertfünfzig Jahren Schinkels «Altes Museum» eingeweiht worden; seine Konzeption geht von der Rotunde aus. Der Rundbau gehört zur Formensprache abendländisch klassischer und klassizistischer Epochen. Es überrascht, dass ein heutiger Architekt ebenfalls darauf zurückgreift, und zwar nicht allgemein auf den Rundbau, sondern sich ausdrücklich auf Schinkels «Altes Museum» beruft. Weiter ist bemerkenswert, dass die einunddreissig Meter Durchmesser der Stuttgarter Rotunde auch dem Mass des kreisrunden Hofes des Renaissance-Palastes von Karl V. in Granada entsprechen. Aus den wenigen Hinweisen möge ersichtlich sein, wie offen die Auseinandersetzung mit dem kulturellen Erbe geblieben ist. Beschäftigung mit der Tradition – unter diesem Aspekt kann jede, selbst die eigene Generation, betrachtet werden; die Fragen sind die gleichen. Worauf wird zurückgegriffen? Wie wird Vorgeprägtes übernommen? Was sind die Folgen? Aus den Antworten kann vielleicht hervorgehen, warum zu gewissen Zeiten die Orientierung in der Vergangenheit besonders intensiv ist.

In den wenigen Dezennien vor und nach 1800 sind Klassizisten und Romantiker Zeitgenossen. Wir erinnern uns an das Motto über diesem Aufsatz, an die Kernworte: «Parnass» und «Montserrat». Ist eine Synthese möglich? Oder sind die Klassizisten ausschliesslich mit «Parnass», die Romantiker mit «Montserrat» zu verbinden? Um eine spontane Zuordnung ist man meistens nicht verlegen, der norddeutsche Maler *C. D. Friedrich* gilt dann als Romantiker. Wir haben seine Strandbilder, Fluss- und Berglandschaften, Darstellungen des Meeres, von Eisbergen sogar, vor Augen; wenn wir uns seine Menschenfiguren vergegenwärtigen, sind es Rückenansichten. Sind das Motive einer religiös-christlichen Malerei? Welches ist der Bezug zur religiösen Bildtradition? Es gibt wohl die vertrauten Zeichen: das Kreuz, Symbol des Christentums, und anschaulicher: die gotischen Sakralbauten, zumeist als Ruinen. Der religiöse Gehalt von Friedrichs Werk ist jedoch nicht in den traditionellen Symbolen zu ergründen; er ist in einer tieferen Schicht zu suchen, in einer Schicht, wo echte Erneuerung, wo Innovation erst möglich wird.

In den Jahren 1807/08 hat C. D. Friedrich das Tetschener Altarbild geschaffen. Er malte es im Auftrag des Grafen Franz Anton v. Thun-Hohenstein für dessen Hauskapelle im nordböhmischen Schloss Tetschen. Es ist ein Andachtsbild. Der unbefangene Betrachter ist sich zuerst im unklaren, welcher Bildgegenstand ihn andächtig stimmt. Er sieht die dominierende Dreiecksform eines Berges mit nackter, rötlicher Felsspitze. Hohe, senkrechte, dunkelgrüne Fichten begleiten die Silhouette; Nadelgehölz akzentuiert die Binnenfläche. Hinter dem fernen Horizont ist die Sonne untergegangen. Fünf breite Lichtstreifen erleuchten den abendlichen Wolkenhimmel, der sich vom zarten Lila-Rosa ins Rotbraun verdunkelt. In die hellste Lichtbahn hinein ragt das grünumrankte Kreuz. Das Kreuz auf dem Gipfel. Wir sehen es in Schräg-

ansicht von hinten, der Gekreuzigte blickt ins Licht. Die Natur wird zum Andachtsraum. Was evoziert das Bild ohne das Kreuzmotiv? Es bleibt eine symbolische Landschaft. Die kräftigen, immergrünen Nadelbäume sind Zeichen lebendigen Wachstums. Der aufragende Fels bedeutet Unerschütterlichkeit. Im strahlenden Untergang der Sonne zeigen sich der Tag und die Nacht gleichzeitig. Wer lange ins Bild hineinschaut, wird sich plötzlich bewusst, dass er die Blickrichtung des Gekreuzigten aufgenommen hat. Religiös gestimmte Versenkung ist möglich vor einer ins Sakrale verwandelten Landschaft. Anstelle der heiligen Gestalten, anstelle der geweihten Innenräume tritt die Landschaft, sie wird zum Träger religiöser Gefühle, transzendenter Gedanken.

Die zeitgenössische Reaktion auf das «Kreuz im Gebirge», genannt der «Tetschener Altar», war spöttisch und ablehnend oder enthusiatisch, schwärmerisch. Jedem Klassizisten musste die Tafel als naturwidrige Mystifizierung erscheinen. Mit dem Titel «Über ein zum Altarblatt bestimmtes Landschaftsgemälde von Herrn Friedrich in Dresden und über Landschaftsmalerei, Allegorie und Mystizismus überhaupt» verfasste F. Ramdohr einen Zeitungsartikel, worin er den Mystizismus tadelt, der sich überall einschleiche und aus Kunst und aus Religion uns gleich einem narkotischen Dunste entgegenwittere. Es sei eine Anmassung, meint er, wenn die Landschaftsmalerei sich in die Kirchen einschleiche und auf Altäre kriechen will. Er missbilligt «jenen Mystizismus, der Symbole, Phantasien für malerische und poetische Bilder ausgibt und das klassische Altertum mit gotischem Schnitzwerk, steifer Kleinmeisterei und Legenden vertauschen möchte!» C. D. Friedrich verteidigte öffentlich seine Absicht, den Landschaftselementen einen Symbolgehalt zu verleihen. Er schreibt: «Auf einem Felsen steht aufgerichtet das Kreuz, unerschütterlich fest wie unser Glaube an Jesum Christum. Immergrün, durch alle Zeiten während, stehen die Tannen um das Kreuz, wie die Hoffnung auf ihn, den Gekreuzigten.»

Friedrich spiritualisiert den realen Naturgegenstand auf eine in der abendländischen Kunst ganz neue Art. Auch wenn auf dem Tetschener Altar und in einer Reihe anderer Bilder mit Wegkreuzen, Grabkreuzen, mit gotischen Kirchen und Klosterruinen christliches Gedankengut augenfällig wird, so verliert innerhalb des Gesamtwerks die Bezeichnung «christlich» dennoch an Gewicht. Das allgemeine Wort «religiös» ist wesentlicher. Friedrich war überzeugt, dass die Kunst, nach den Worten Goethes, «auf einer Art religiösem Sinn, auf einem tiefen unerschütterlichen Ernst liegt.» Im Bereich der Kunst kann jeder Gegenstand zu irrationaler Bedeutung erhöht werden. Daraus folgt einerseits: die Darstellung der Wirklichkeit ist nie das eigentliche Ziel. Und anderseits: der konventionell heilige Gegenstand verliert seine Dominanz, denn das Heilige kann auch ohnehin ausgedrückt werden.

Wenn wir in unserem Zusammenhang religiöse Empfindung mit Ehrfurcht vor etwas Grossem, dem menschlichen Geist nie Erreichbaren gleichsetzen, dann ist das wohl berühmteste Gemälde Friedrichs «Der Mönch am Meer» ein innovatives,

d. h. völlig neuartiges Andachtsbild. Es entbehrt jeden christlichen Zitates; die Bezeichnung «Mönch» ist bloss ein anderes Wort für «Mensch». Der Mensch allein unter der Unendlichkeit des Himmels, vor der Unüberschaubarkeit des Meeres. Die Landschaft ist der Raum, wo sich der Mensch Zwiesprache mit einem göttlichen Gegenüber erhofft. Die Formanalyse von «Der Mönch am Meer» kann sich auf lapidare Aussagen beschränken: Über vier Fünftel des Querformates dehnt sich der Wolkenhimmel. Ein Fünftel teilt sich zu gleichen Teilen in dunkelgrünes Wasser und hellbraunen Strand. Die Menschengestalt unter dem Meereshorizont, einzige, winzige Senkrechte, steht im Goldenen Schnitt. Drei waagrechte Streifen – ein heller, ein dunkler und ein malerisch in Hell-Dunkel aufgelöster, das ist die Grundstruktur. Die Differenz zur völligen Gegenstandslosigkeit des zwanzigsten Jahrhunderts ist minim. Das Verhältnis zwischen Erde und Kosmos, zwischen Begrenzung und Grenzenlosigkeit wäre auch heute in dieser Weise darzustellen.

Die Grösse der Natur – der Mensch als Winzling, dieser Gedanke ist eine Variante der Vanitasidee. Die Idee von der Nichtigkeit alles Irdischen gegenüber der Ewigkeit gehört zur christlichen Vorstellungswelt. Die deutschen Romantiker haben die Vanitas erneut empfunden und verändert noch einmal formuliert. Sobald die Vanitasidee das Denken bestimmt, ist die Vergangenheit nicht unbedingt Quelle und Möglichkeit zur Innovation, sondern eine Manifestation der Vergänglichkeit. Im Werke von C. D. Friedrich sind bröckelnde Klostermauern, Friedhöfe, entlaubte, verkrüppelte Bäume, gescheiterte Schiffe u. ä. Chiffren für das Sterben in der Natur, für den Verfall von allem, was der Mensch geschaffen hat. Gotische Mauerreste sagen dasselbe aus wie ein einsamer, abgestorbener Baum. Friedrichs Rückblick auf Vergangenes hat einen prinzipiell andern Sinn als jener der gleichzeitigen Nazarener oder der späteren Präraffaeliten. Diese schwärmerisch frommen Maler glaubten, in der Wiederholung alter Formen auch deren Gehalt neu zu beleben. Die idealisierende Reproduktion früherer christlicher Epochen, von Spätmittelalter und Frührenaissance, eröffnet jedoch keine entwicklungsfähige Dimension zur Darstellung religiöser Inhalte.

C. D. Friedrich hat als erster nebst dem Figürlichen auch der Landschaft Symbolkraft verliehen. Er hat die Naturerscheinungen zu Bedeutungsträgern des Aussersinnlichen erhöht. Seine Landschaftsräume sind immer Chiffren für etwas, das über die Sichtbarkeit hinausführt. Sie sind das, was Goethe ein anschauliches Symbol nennt: «Es ist die Sache, ohne die Sache zu sein, und doch die Sache; ein im geistigen Spiegel zusammengezogenes Bild, und doch mit dem Gegenbild identisch.» Diese Formulierung, sie entstammt Goethes Beschäftigung mit dem spätantiken Kunstphilosophen Philostrat, verbindet sich bedenkenlos mit dem Bild «Der Mönch am Meer». Viele von Friedrichs «Gegenbildern» tragen einen Namen, beispielsweise «Riesengebirge», «Der Watzmann», «Der Heldstein bei Rathen an der Elbe», «Kreidefelsen auf Rügen». Aber die geographischen Angaben verweisen eigentlich auf die zahllosen Naturstudien; denn aus der Summe

aller Studien entsteht erst das im geistigen Spiegel zusammengezogene Bild. Das Willkürliche der Naturerscheinung wird bildmässig umgestaltet. Der Rahmen dieses Aufsatzes ist zu eng, um im einzelnen zu belegen, wie streng die Bilder von C. D. Friedrich gebaut sind. Sie zeigen die klassischen Kompositionsprinzipien: Symmetrien, Diagonalverspannung, Parallelismen, Repetition gleicher Proportionen in verschiedenen Dimensionen. Friedrich bindet religiöse Empfindung in klassisch gesetzmässige, lebendige Form, die nie zur Norm erstarrt.

Die Irrationalität, die jeder Kulturepoche eignet, zeigt sich in der Romantik als religiöse Schwärmerei, Todessehnsucht, als grenzenloser Subjektivismus, als Entgrenzung in jedem Bereich. In solchem Blickwinkel ist C. D. Friedrich ein Romantiker. Die anekdotischen, allegorischen, symbolischen Bedeutungen seines Werks sind der Zeit verhaftet; der Zeit enthoben aber wird es durch seine klare formale Komposition. Ich erinnere an das Bild «Frau am Fenster». Die geometrische Grundstruktur ist augenfällig. Sie ist exemplarisch für das gesamte Œuvre.

Wenn von C. D. Friedrichs Gemälden im weitesten Sinne von einer architektonischen Bildorganisation gesprochen wird, so gilt dies für *Karl Friedrich Schinkels* malerisches und zeichnerisches Œuvre im engsten Sinne. Schinkel äussert sich im Jahre 1825: «Landschaftliche Ansichten gewähren ein besonderes Interesse, wenn man Spuren menschlichen Daseins darinnen wahrnimmt. Der Überblick eines Landes, in welchem noch kein menschliches Wesen Fuss gefasst hat, kann Grossartiges und Schönes haben, der Beschauer aber wird unbestimmt, unruhig und traurig, weil der Mensch am liebsten erfahren will, wie sich seinesgleichen der Natur bemächtigt, darinnen gelebt und ihre Schönheit genossen haben.» Der Romantiker belässt den Dualismus von Mensch und Natur oder Mensch und Unendlichkeit in einem Schwebezustand; der Klassizist sucht die Integration. Die romantische Komponente in Schinkels Schaffen ist der Rückzug auf die zwei Epochen, Antike und Mittelalter. Sowohl seine Malerei als seine Bauten reflektieren griechisch-römisches Erbe und deutsche Gotik.

Schinkels Malerei verleiht der Landschaft keinen neuen Symbolgehalt, sie bleibt, ausser in den Naturstudien, Staffage. Sie dient dazu, die Idee des schönen Lebens oder die Idealisierung nationaler Vergangenheit zu veranschaulichen, oder was weniger häufig ist, die eigene Lebenswirklichkeit zu überhöhen. Ich weise auf das «Spreeufer bei Stralau» hin. Ein schmaler Uferstreifen und der monumentale, kassettierte Brückenbogen rahmen den Ausschnitt der Flusslandschaft. Die Trennung von Himmel und Wasser ist markiert durch die ferne, schmale Silhouette Berlins. Hinter den hohen Pappeln auf der Insel im Mittelgrund geht die Sonne unter. Im Vordergrund stösst der Schiffer ab zur Fahrt über den eindunkelnden Fluss. Im Boot sitzen zwei Waldhornbläser. (Das Waldhorn heisst auch Naturhorn, da einst auf ihm nur Naturtöne geblasen werden konnten.) Die Bläser sind ein anekdotisches Motiv; aus zeitgenössischen Berichten wissen wir, dass zuweilen auf Spreefahrten das Waldhorn gespielt wurde. Das Instrument ist zu-

dem eine Chiffre für romantisches Naturempfinden. Seine Klang- und Echowirkung erinnert an Runges Formulierung vom «tönenden Raum des Waldes». Ich sehe das Naturhorn in ergänzendem Zusammenhang mit dem Leierspiel Apollos in freier Natur.

Das parallele Zitieren des nordischen Waldhorns und der griechischen Leier ist, in Gedanken an Schinkels Gesamtwerk, berechtigt, da dieses sich durch ausgeprägte Zweipoligkeit charakterisiert. Das Spree-Bild ist diesbezüglich beispielhaft. Die elegische Abendstimmung ist quasi architektonisch im Rahmen gehalten. Die Weite des Himmels ist begrenzt vom Brückengewölbe und der Stadtsilhouette. Die horizontalen Uferlinien werden gebrochen von den durch Spiegelung verstärkten Senkrechten der Baumgruppen und Gebäude. Unter dem Scheitelpunkt des Brückenbogens liegt der Nachen. Von der Körperhaltung des Schiffers und seinem Stehruder nehmen die in die Bildtiefe führenden Diagonalen ihren Ausgang. Die Komposition besteht aus Horizontalen und Vertikalen, aus wenigen Schrägen und aus runden Formen. Diese Grundrichtungen werden bestimmt angeschlagen und danach in kleinen Parallelformen variiert. Besonders reizvoll erscheinen unter diesem Gesichtspunkt der grosse rahmende Halbbogen und das kleine Rund der Musikinstrumente. Für Schinkels Malerei gilt gleicherweise, was er selbst zum Hauptprinzip der Architektur erklärt hat: «Jede Konstruktion sei rein, vollständig und in sich abgeschlossen.» Das ist seine absolute, d.h. stil- und epochenunabhängige Forderung. Rein, vollständig in sich abgeschlossen sind gotische Kathedralen, ebenso wie griechische Tempel, ebenso wie Renaissancepaläste.

In Schinkels eigentlicher Malerperiode zwischen 1805 und 1815 entstehen: «Antike Stadt am Meer» und «Gotischer Dom am Wasser». Die dargestellten historischen Gebäude tragen keine Spuren altersbedingten Verfalls, sie sollen zeitlos, also auch zeitnah erscheinen. «Sie gewährt erst ein besonderes Interesse, wenn man Spuren menschlichen Daseins darinnen wahrnimmt», heisst es bezüglich der Landschaft. Alte Bauten sind Zeugen menschlicher Tätigkeit, sie sind daher Zeichen der Dauer und nicht der Vergänglichkeit. In städtische oder ländliche Umgebung setzt Schinkel intakte, ideale Gebäude. Sie sind Dominanten inmitten reicher Figurenszenen, die mittelalterliches oder antikes Leben vergegenwärtigen. Was einst lebendig war, kann wieder erstehen. Alte Formen sind nicht tot, sie vermitteln Impulse zum Weitergestalten. Schinkel war überzeugt, dass sowohl mit den Formen der Antike als mit jenen der christlichen Ära des vierzehnten bis sechzehnten Jahrhunderts Neues geschaffen werden könne. In den Jahren 1822–1828 plante und erbaute er das klassizistische «Alte Museum» in Berlin und gleichzeitig die neugotische «Werdersche Kirche». Beide Bauten demonstrieren ein ungebrochenes Verhältnis zur abendländischen Vergangenheit. Ein Stil, der «rein, vollständig und in sich abgeschlossen» ist, gehört zu einem imaginären universalen Formenvorrat und kann jederzeit wieder verwendet, gemeint ist: neu belebt werden. Ich bringe die Rezeptionsproblematik auf diesen einfachen Nenner, damit sich

die gestalterischen Absichten unserer Zeit schärfer abheben. Auch Stirling, der Erbauer der Stuttgarter Staatsgalerie, benutzt den universalen Formenvorrat.

Wie steht Schinkel, wie steht Stirling dem universalen baugeschichtlichen Erbe gegenüber? Der Einwand, Stirlings Auswahlmöglichkeit habe sich nach beinahe zweihundert Jahren um vieles vergrössert, ist nicht relevant. Und der Einspruch, Schinkel habe sich im wesentlichen auf zwei Kulturepochen beschränkt, entwertet sich mit dem Hinweis darauf, dass Schinkel 1840, zwei Tage vor seinem geistigen und körperlichen Zusammenbruch, die Herstellung eines Panoramas anregte, das die «Hauptdenkmäler der verschiedenen Länder von Asien, Ägypten, Griechenland, Rom und Deutschland im Mittelalter» vereinigen sollte. Der deutsche Baumeister der Goethezeit und der moderne Architekt des späten zwanzigsten Jahrhunderts unterscheiden sich im Zitieren nicht durch das «Was», sondern durch das «Wie». Schinkels Forderung, «rein, vollständig und in sich abgeschlossen» müsse das Bauwerk sein, gilt ebenfalls für Stirling, sofern das Eigenschaftswort «rein» durch «heterogen» ersetzt wird. «Rein» bedeutet zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts das Durchspielen eines einheitlichen Formkanons, sei es des gotischen oder sei es des antiken. «Heterogen» ist das Zusammenspiel von Uneinheitlichem, von verschiedensten, sogar fundamental gegensätzlichen Formen. Schinkel aktualisiert einzelne historische Epochen monologisch; Stirling aktualisiert Vergangenheit mehrstimmig. In der Mehrstimmigkeit erhält die Einzelstimme erst im Zusammenhang ihren Ausdruckswert. Stilzitate jeglicher Herkunft werden kombiniert, bis sie eine in sich geschlossene Einheit bilden. Die Einheit besteht jetzt darin, dass die aus dem ursprünglichen Kontext herausgelösten Bauelemente eine mögliche Gleichzeitigkeit von historischen Formen suggerieren.

Dem Architekten des zwanzigsten Jahrhunderts fehlt die Idealvorstellung sowohl einer vergangenen wie der zeitgenössischen Epoche. Aus ironischer Distanz zum eigenen und zum Schaffen der Vorfahren erwächst die Freiheit, über die Zitate uneingeschränkt zu verfügen. Es entsteht die Architektur-Collage. Hat sie eine Zukunft? Oder rechtfertigt sich das architektonische Pasticcio ausschliesslich für den Museumsbau, weil in seinen Räumen Kunstwerke aller Zeiten bewahrt werden? Statt einer voreiligen, gegenwartsgebundenen Antwort erwähne ich, was Theodor Fontane gut zwanzig Jahre nach Schinkels Tod in den «Wanderungen durch die Mark Brandenburg» im Kapitel «Neu-Ruppin» schreibt: «Fünfundzwanzig Jahre lang war Karl Friedrich Schinkel nun als Baumeister im grossen Stile tätig, und in eben diesem Zeitraume gelang es ihm, Berlin, wie seine Verehrer sagen, in eine Stadt der Schönheit umzugestalten, jedenfalls aber unserer Residenz den wesentlichen Stempel aufzudrücken.» Der wesentliche Stempel, das ist hier: klassizistische Monumentalität. Ein Baustil, der auf ungebrochenem, direktem Verhältnis zur Geschichte basiert und daher in der Nach- und Neugestaltung keine entstellten Züge trägt. In welchem Masse die Stuttgarter Staatsgalerie der Stadt einen Stempel aufdrückt, sei hier

ausser acht gelassen. Eines aber ist gewiss: Diese Museumsanlage ist der monumentale Ausdruck eines kaleidoskopartigen Weltbildes. Alles ist zur heutigen Zeit möglich – die Negierung des Wölfflinschen: «Es ist nicht alles zu allen Zeiten möglich.»

Schinkel war ein romantischer Klassizist. Stirling ist ein moderner Verfremder. Sind die zwei Baumeister wahre Innovatoren? Eröffnen sie neue Möglichkeiten? Die Frage nach der Innovation ist ebenfalls an die romantische Malerei zu stellen, denn da ergibt sich eine eindeutigere Antwort als im Bereich der Architektur. Innerhalb des sehr komplexen Begriffs der romantischen Malerei zeigt allein die Landschaftsdarstellung eine die Epoche überdauernde Entwicklungskraft. Die Natur als Andachtsraum – «Der Mönch am Meer» ist die geniale Formulierung. C. D. Friedrich wurde der Anblick des Meeres, des Himmels, der Natur überhaupt zum religiösen Erlebnis. Das ist romantisches Empfinden; es ist etwas völlig anderes als das traditionell christliche Naturverständnis. Wie abschätzig äussert sich Augustin über die Naturbetrachtung: «Und da gehen die Menschen hin und bewundern hohe Berge und weite Meeresfluten und mächtig daherrauschende Ströme und den Ozean und den Lauf der Gestirne, und vergessen sich selbst darob.» Der Romantiker vergisst sich nicht in der Bewunderung weiter Meeresfluten und hoher Berge; er erlebt die freie Natur als den Raum, wo die Begegnung mit dem Göttlichen möglich wird.

Die in der Romantik entwickelte Beziehung zur Landschaft ist jedoch nicht allein in religiöser Perspektive zu sehen, selbst für C. D. Friedrichs Werk rechtfertigt sich solche Ausschliesslichkeit nicht. Mit dem intensiven Naturstudium verband sich ein unvoreingenommenes Interesse an allen Erscheinungen der Wirklichkeit. Daher rührt das seltsame Phänomen, dass in der Epoche der Spiritualisierung der Landschaft auch die Keime zu einer rein augensinnlichen, realistischen Darstellung liegen. Das Schaffen von *Carl Blechen,* der fünfundzwanzig Jahre nach C. D. Friedrich geboren wurde, ist nicht nur unter dem Aspekt «Auseinandersetzung mit der Tradition» zu betrachten. Er zweifelt daran, in überlieferten Formen eigene Gefühle ausdrücken zu können; die reizvolle, auf direkter Anschauung basierende Wiedergabe der sichtbaren Wirklichkeit, wird sein Ziel. Allgemein scheint sich diese neue Sehweise erst dann zu entwickeln, nachdem die Formprogramme der verschiedensten Epochen noch einmal durchgespielt waren.

Das Spektrum künstlerischer Ausdrucksmöglichkeiten war damals in den wenigen Dezennien um die Jahrhundertwende weiter als je zuvor. «*Der Parnass ist ein Montserrat, der viele Ansiedelungen, in mancherlei Etagen erlaubt* ...» Die Deutsch-Römer idealisieren, die deutsch-nordischen Maler spiritualisieren die Wirklichkeit. Diesen zwei «Etagen» ist gemeinsam: aussermalerische Ideen verstellen die unbefangene Sicht. Blechens Werk weist auf den Anfang einer neuen «Etage» hin. Das Interesse an einer allgemeinen Naturwahrheit verlagert sich auf zufällige Erscheinungen. Die Darstellung der südlichen Helligkeit wird thematisch. Ob sie sich an einem historisch bedeutenden Gebäude oder an einem gewöhnlichen

Haus zeigt, ist völlig gleichgültig. Der Gegenstand verliert an Gewicht; er wird zum Farb- und Lichtträger. Der überraschende Ausschnitt bedingt eine neue Bildorganisation, die sich löst vom hergebrachten architektonischen Lineargerüst des Raumes. In Italien, im Land der Klassizisten und Romantiker, hat Blechen seine eigene realistische Sehweise erarbeitet. «Er male den Süden in seiner erbärmlichen Nacktheit; er zeige die römische Campagna als versengte Ebene mit ihrer charakterischen bettelhaften, stolzen Armseligkeit», so werden seine Bilder in den Berliner Zeitungen kommentiert. Schinkel hat seine «geniale Art der Naturauffassung» gerühmt. «Blechen ist immer originell. Mit einer fast bizarren Konsequenz hält er das Charakteristische fest», lesen wir in einer zeitgenössischen Kritik von 1830. Unter «originell» und «genial» verstehen wir aus heutiger Perspektive «malerisch», «realistisch».

Rückblickend auf einzelne typische bildnerische Leistungen vermögen wir uns die zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts zu vergegenwärtigen. Da ist das unheimliche, düstere Stimmungsbild «Mann und Frau den Mond betrachtend» von C. D. Friedrich. Wir kennen Schinkels zwischen 1824–28 erbautes «Altes Museum» in Berlin. Wir wissen, dass Blechen um 1830 die erste deutsche Industrielandschaft, das «Walzwerk von Neustadt-Eberswalde» gemalt hat. Diese drei Werke veranschaulichen die Uneinheitlichkeit der künstlerischen Absichten jener Zeit. Wir begreifen Goethes Metapher vom Montserrat: «viele Ansiedelungen bestehen nebeneinander». So wurde vor bald zweihundert Jahren die Epoche ins Bild gefasst. Ich meine aber, die Metapher gilt auch heute. Seit dem Jahre 1983 ist sie in einem einzigen Gebäudekomplex manifest. Die Neue Staatsgalerie in Stuttgart zeigt den Versuch, Uneinheitliches in einer Synthese zu vereinigen. Historische Stile, unterschiedliche Baumaterialien, technische Einrichtungen, alles kommt gleichzeitig zur Sprache. Jeder Eigenwert relativiert sich. Jede Zeitgebundenheit der Stile ist aufgehoben. Die mächtige geschwungene Glasfassade reflektiert die gegenwärtige städtische Umgebung in stets wechselnder Verzerrung. In Goethes Montserrat sehen wir Mannigfaches neben- oder übereinander. In Stirlings Montserrat sehen wir Mannigfaches ineinander verwirkt. Eine Collage von Bauelementen, die als solche weder emotionalen oder ästhetischen Wert, noch die ihnen einst zugehörige Funktion besitzen. Stirling entkleidet die Architekturformen aller Jahrhunderte, eingeschlossen des zwanzigsten, ihres traditionellen Gehaltes. Er verleiht den im einzelnen sinnentleerten Formen erst im Zusammenhang ihre Bedeutung, indem er sie in überraschende gegenseitige Abhängigkeit versetzt. Der Rückgriff auf Schinkels Rotunde, auf Renaissance und Antike, der Rückblick auf englische Glas-Stein-Fassaden der Gotik, der Zugriff in die von der Technik bestimmte Sachlichkeit der Gegenwart ist einerseits eine Reverenz gegenüber der Vergangenheit, anderseits aber auch eine Absage an den Absolutheitsanspruch, die jede Epoche, ebenfalls die unsere, stellt.

Das Traditionsbewusstsein zur Zeit der Romantik kreiste um den Gegensatz oder um die Vereinigung von Antike und Christentum. Auf die Frage

nach der Art des modernen Traditionsbegriffes gibt es, statt einer verbalen die in sichtbare Form gebrachte Antwort: die Stuttgarter Neue Staatsgalerie. Das vielgestaltige Bauwerk versinnlicht den faszinierenden Gedanken, die abendländische Architekturgeschichte gleichsam in *einen* Blick zu fassen. Umwandlung alles Übernommenen ist Bedingung und Folge. Ich erinnere an ein zentrales romantisches Prinzip. Novalis schreibt in einem seiner Fragmente: *«Die Welt muss romantisiert werden. So findet man den ursprünglichen Sinn wieder. ... Indem ich dem Gemeinen einen hohen Sinn, dem Bekannten die Würde des Unbekannten, dem Endlichen einen unendlichen Schein gebe, so romantisiere ich es. Umgekehrt ist die Operation für das Höhere, Unbekannte, Mystische, Unendliche ... es bekommt einen geläufigen Ausdruck.»* Für dieses «romantische Programm» ist heute der Ausdruck «Verfremdung» gebräuchlich. Was ist die Neue Staatsgalerie anderes als Verfremdung? – Banalisierung jedes Architekturkanons und Ästhetisierung der Technik. – Unter diesem Aspekt wäre Stirlings Museumsbau als aktuelle, vielleicht auch letzte Manifestation romantischen Gedankenguts zu betrachten. Da es einen eigentlich romantischen Baustil nicht gegeben hat, könnte die moderne Architektur-Collage als solchen bezeichnet werden. Novalis spricht von der Umwertung aller Werte. Stirling koordiniert heterogene baugeschichtliche Zitate. Er demonstriert sie gleichsam in einem fazettenreichen Spiegel, worin sich Vergangenheit und Gegenwart gleichzeitig brechen. Ist die Romantisierung der Welt um eine Etappe weitergerückt?

Elise Guignard

Bibl. Angaben: C. D. Friedrich, Kunst um 1800, Hamburger Kunsthalle 14. September bis 3. November 1974, Katalog und Dokumentation. Hrsg. Werner Hofmann. – C. D. Friedrich, Das gesamte graphische Werk, Nachwort von H. H. Hofstätter, München 1974. – Helmut Börsch-Supan, C. D. Friedrich, München 1973. – Karl Friedrich Schinkel. Architektur, Malerei, Kunstgewerbe, Katalog zu Berliner Ausstellungen 13. März bis 13. September 1981, Hrsg. Helmut Börsch-Supan, Lucius Grisebach. – Carl Blechen, Leben, Würdigung, Werk; Redaktion P. O. Rave, Hrsg. Deutscher Verein für Kunstwissenschaft, Berlin 1940. – Thorsten Rodiek, James Stirling, Die Neue Staatsgalerie Stuttgart, Stuttgart 1984.

Die Ausstellung «Gemälde der deutschen Romantik aus der Nationalgalerie Berlin» im Kunsthaus Zürich dauert bis zum 11. August. Zu gleicher Zeit beherbergt das Kunstmuseum Bern die Ausstellung «Traum und Wahrheit. Deutsche Romantik aus Museen der Deutschen Demokratischen Republik.» Sie bleibt bis zum 4. August zugänglich.